

## Was ist mit unseren Schulen los?

von Dr. Eliane Perret, Heilpädagogin und Psychologin

*Akuter Lehrermangel! In den letzten Wochen gab es wohl keine Zeitung, keinen Fernsehsender, der das nicht zum Thema machte. Doch ist es nicht so, dass unsere Schulen schon in den letzten Jahren vor demselben Problem standen? Dass in Schulhäusern reihenweise Lehrer kündigten, krank wurden oder in andere Berufszweige wechselten und man sich mit Notlösungen begnügen musste? Alles auf dem Buckel unserer Kinder und Jugendlichen, die nur eine einzige Schulzeit haben. Auch jetzt wieder! Was läuft seit Jahren schief? Welches sind die tieferliegenden Gründe dieses Missstandes? Sich dieser Frage zu stellen, ist unausweichlich und darf nicht weiter verweigert werden.*

Leo hat schon vor einem halben Jahr seinen neuen Schulrucksack erhalten. Er beginnt nun mit der ersten Klasse. «Ja, er freut sich, aber eigentlich war schon der Kindergarten fast wie Schule, Arbeitsblätter ausfüllen, Zahlen und Buchstaben schreiben. Leo wurde von seiner Kindergärtnerin beobachtet und mit Kreuzchenlisten beurteilt», denkt die Mutter bedauernd, «das gemeinsame Spielen und Basteln fehlte ihm. Aber nun beginnt für ihn eine neue Zeit.» Doch sie weiss, Leo kann nur schwer länger an einer Sache verweilen. «Ob dann die Lehrerin auch wieder an sie herantragen wird, dass man das abklären müsse?» überlegt sie. Das war schon im Kindergarten Gesprächsthema. «Wären wir doch im Kanton Tessin, dort kommen sie offenbar besser zurecht mit quirligen Kindern.» Ihr Mann hatte nämlich vor einigen Jahren in der Zeitung gelesen, dass dort bei weniger Kindern ein mögliches ADHS abgeklärt und Ritalin verschrieben werde. «Zum Glück hat die Schulleitung ihres Erstklässlers in den Ferien noch einen Lehrer gefunden, also eigentlich keinen «richtigen» Lehrer, sondern jemanden, der sich nach einer sehr, sehr kurzen Ausbildungszeit an der Pädagogischen Hochschule nun in der Schule versucht», sinniert sie weiter. Der andere Sohn wird in der Mittelstufe eine junge Lehrerin haben, die ihre Ausbildung unterbricht, um erste Erfahrungen im Unterrichten zu sammeln. «Hoffentlich gehört sie wenigstens nicht zu denjenigen, die schon nach kurzer Zeit wieder aufhören, weil sie nicht zurechtkommen», überlegt die Mutter. Das war bei der Ältesten in der Oberstufe so. Dort lösten sich Lehrer ab, die nur kurz in der zunehmend verwahrlosten Klasse blieben, so dass sie schliesslich in der Familie all ihr Geld zusammenlegten, um ihre Tochter in eine Privatschule zu schicken. Eigentlich fanden sie das nicht richtig, denn die Volksschule ist ja fürs «Volk» und wird von dessen Steuern finanziert. Aber nun versucht Leos Mutter ihre Sorgen zur Seite zu schieben und den neuen Herausforderungen mit Zuversicht entgegenzuschauen.

### Leos Mutter ist nicht allein

Nur ist Leos Mutter mit ihren Sorgen nicht alleine. In den letzten Wochen häuften sich die Meldungen über einen eklatanten Mangel an Lehrkräften in der Volksschule. Man wagte sogar, von einer «Bildungsmisere» zu sprechen. Die Lösungsansätze reichten von einer Vergrösserung der Schulklassen über eine verpflichtende Erhöhung des Stundenpensums der Lehrpersonen hin zu erleichterten oder im Gegenteil auch erschwerten Anforderungen für den Zugang zur Ausbildung. Schliesslich

«Viele interessierte Zeitgenossen rätseln über die Gründe der heutigen Probleme und suchen nach Lösungen. Das geht nicht ohne sorgfältige Analyse, denn eine ehrlich geführte öffentliche Debatte über den Kulturwandel unseres Bildungswesens fand nie statt.»

kamen «befreiende» Mitteilungen der kantonalen Bildungsdirektionen, dass das Problem fast überall gelöst sei. Man erfuhr aber nicht genauer wie, ausser dass einige Klassen nun Lehrer ohne Ausbildung (dafür mit Lebens- und Berufserfahrung) hätten oder auch Studenten der Pädagogischen Hochschulen, die ihr Studium unterbrechen, um zu unterrichten (was übrigens schon bisher geschah).

### Nicht Zuckerguss, sondern eine ehrliche Analyse

Wäre nun nicht der Zeitpunkt, grundsätzlich zu überlegen, was eigentlich in unserem Bildungswesen schief läuft? Denn der Mangel an Lehrkräften, die hohe Fluktuation in den Schulhäusern, fach- oder stufenfremdes Unterrichten und Burnouts sind ein Problem, unter dem unsere Schulen schon seit einigen Jahren leiden – und das stets schönegeredet wird. Eine ehrliche, unabhängige Ursachenforschung wäre angesagt, denn auch der «Patient Schule»

«Gebetsmühlenartig wurde das nicht stichhaltige Argument wiederholt, dass die Entwicklung der Schweizer Schulen im 19. Jahrhundert stehen geblieben sei und sie nun den Anschluss an die Welt verlören, wenn sie nicht mitmachten. Vergessen schien, dass die Schweiz zuvor stets wegen ihres hervorragenden Schulsystems bewundert worden war ...»

hat das Recht auf eine sorgfältige Diagnose und fachlich korrekte «Therapie». Nur so können Massnahmen ergriffen werden, die tatsächlich wirken. Denn mit Zuckerguss arbeitet ein Confiseur, er gehört nicht in die Hände von Bildungsverantwortlichen!

### Eine lange Fehlentwicklung

Die Analyse des aktuellen Zustands unserer Volksschule<sup>1</sup> braucht allerdings den Blick auf die Vorgänge in unserer Volksschule über mindestens die letzten drei Jahrzehnte. Vielen ist kaum bekannt, dass dort die Wurzeln der heutigen Misere liegen. Wer die Entwicklungen in unserem Bildungssystem verfolgt hat, weiss um den Tornado, der in dieser Zeit über die Schulen hinweggefegt ist. Zuvor war den Schweizer Schulen im internationalen Vergleich stets eine sehr hohe Qualität attestiert worden. Die Schere zwischen leistungsstarken und schwächeren Kindern sei klein und die Schule gut im demokratischen System unseres Landes verankert – wie es eben für eine Volksschule üblich sein sollte! Das änderte sich Mitte der neunziger Jahre, als die OECD auf Druck der USA die *Unesco* aus deren Führungsaufgabe drängte. Massgebend war dabei die Drohung der USA, sonst aus dieser internationalen Organisation auszutreten,

so wie sie 1984 aus der *Unesco* ausgetreten waren, als diese ihren damaligen Forderungen nicht nachgegeben hatte.<sup>2</sup> Die OECD wehrte sich zuerst dagegen, gab dann aber dem Druck nach und arbeitete die Indikatoren aus, mit denen Bildungssysteme international verglichen werden sollten. Sie ernannte sich damit zum alleinigen Schiedsrichter für die Beurteilung nationaler Bildungssysteme. Dazu konzipierte sie die *Pisa*-Tests, welche während fünf Jahren von etwa 300 internationalen Wissenschaftlern vorbereitet wurden. Entsprechend hatten sie keinerlei Zusammenhang mit der europäischen Bildungstradition und den nationalen Bildungskonzepten und Lehrplänen, sondern standen auf der Grundlage des sprichwörtlich schlechten anglo-amerikanischen Bildungssystems. Trotz des damit verbundenen Theorie- und Kulturbruchs gegenüber der europäischen Bildungstradition segneten die OECD-Länder – auch die Schweiz – das *Pisa*-Konzept ab und

etablierten damit (nicht zuletzt bedingt durch einsetzende Peer pressure) die Vormachtstellung der Wirtschaftsorganisation im Bildungsbereich.<sup>3</sup>

### Schockstrategie als Katalysator

In der Schweiz war man von den unerwartet schlechten Resultaten des ersten *Pisa*-Tests schockiert. Das wirkte als Katalysator für eine Reformkaskade, mit denen unser Volksschulsystem stetig aus seinen demokratischen Strukturen, die offensichtlich «störten», herausgelöst wurde. Das ging so leicht, dass man sich in einer der wenigen unabhängigen Studien wunderte, wie locker diese grundlegenden Reformen in der Schweiz vonstatten gingen und dass nicht einmal die Kantone als wichtigste Veto-Player den erwarteten Widerstand leisteten.<sup>4</sup> Seither ist unser Bildungssystem geprägt von einem international gleichschaltenden Rankingfetischismus, was absolut nicht nötig gewesen wäre, denn die Qualität unserer Schulen war hervorragend.

### Schulen und Universitäten als kundenorientierte Dienstleistungsunternehmen

NPM, diese drei Buchstaben stehen für *New Public Management*, zu deutsch Reform der öffentlichen Verwaltung.<sup>5</sup> Es ist das Werk-

«Es erfolgte – von vielen unbemerkt – in den letzten Jahrzehnten auf allen Ebenen unseres Bildungswesens von der Verwaltungsstruktur bis zu den Ausbildungs- und Unterrichtsinhalten ein stetiger Reformprozess, der unser Schulsystem aus seinen direktdemokratischen Wurzeln herauszulösen versuchte. Das kam einem Paradigmenwechsel von der europäischen Bildungstradition hin zu angloamerikanischen Konzepten auch auf der Ebene des Unterrichts gleich.»

zeug neoliberaler Regierungen, mit dem öffentlichen Ausgaben möglichst reduziert und aus dem Staat ein kundenorientiertes Dienstleistungsunternehmen gemacht werden soll. Damit wurde die Umgestaltung unseres demokratisch organisierten und kontrollierten Bildungswesens zu einem aus der Privatwirtschaft übernommenen betriebswirtschaftlich gemanagten Schulbetrieb in Angriff genommen. Fortan ging es um Sparprogramme, Effizienz und Effektivität. Im Kanton Zürich ist damit der Name des damaligen Regierungsrats *Ernst Buschor* und seiner Führungsmannschaft verbunden. Ehemals Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Hochschule St. Gallen HSG, war er ein vehementer Verfechter des NPM. Er übernahm 1995 die Leitung des Zürcher Erziehungsdepartements unter der Bedingung, es mit diesen Methoden umgestalten zu können (wie er es zuvor im Gesundheitswesen bewerkstelligt hatte). Vielsagend versprach er in einem Artikel im «Tages-Anzeiger» vom 11. November 1995, «das Zürcher Schulsystem vom hohen pädagogischen Ross herunterzunehmen und zu einem Dienstleistungsunternehmen umzuformen». Er leitete einen Reformsturm ein – beginnend bei der Universität, die ab 1999 ins *Bologna-System* übergeführt wurde; die Mittelschulen erhielten eine neue Maturitätsverordnung, und auch die damals neuen Fachhochschulen wurden von Beginn an nach NPM-Kriterien geführt. Immer begründet mit Finanzknappheit und entsprechendem Spardruck.

### GATS – öffentliche Dienstleistungen als Handelsware

In diesen Zeitraum fielen – und das nicht zufällig – auch die 1995 im Rahmen der Welt handelsorganisation WTO abgeschlossenen globalen Freihandelsverträge, in die heute 164 Länder eingebunden sind. Eines dieser Abkommen war das *General Agreement on Trade in Services* GATS (= Allgemeines Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen). Es fordert einen laufenden Prozess der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Die Schweiz hat dieses Abkommen 1995 unterzeichnet. Das Bildungswesen gehört zu den im GATS aufgelisteten Bereichen, es wurde von der Schweiz mit keiner der möglichen Ausnahmeklauseln belegt. Dies ist wichtig zu erwähnen, denn ohne diese internationalen Bestrebungen der globalisierten Wirtschaft einzubeziehen, können die aktuellen Fehlentwicklungen in unserem Bildungswesen weder verstanden noch korrigiert werden.

### Entdemokratisierung, Firmenstrukturen und CEOs

NPM gab also den Fahrplan vor, mit dem im Laufe der letzten drei Jahrzehnte unsere Schulen auf den Kopf gestellt wurden. Denn man wollte sie zu Dienstleistungsunternehmen mit Globalbudgets und entsprechenden Hierarchieebenen umstrukturieren. Dazu gehörten Firmenstrukturen, weshalb bereits 1996 Schulleitungen eingeführt wurden (in der Privatwirtschaft auch als CEOs bezeichnet). Sie traten an Stelle der bisherigen kollegialen Zusammenarbeit mit einem Hausvorstand, der als *Primus inter pares* administrative Aufgaben übernahm und das Team an den Sitzungen der Schulpflege vertrat. Waren die Schulleiter zuerst noch engagierte, manchmal auch überaus ehrgeizige Lehrkräfte, so kann heute dieser «Job» von Managern ohne jegliche Unterrichtserfahrung übernommen werden. Managementtheorien bestimmen auch den Inhalt

Liebe Leser von Zeit-Fragen

Betriebsbedingt erscheint die nächste Ausgabe von *Zeit-Fragen* (Nr. 19/2022) erst am 20. September 2022.



## «Was ist mit unseren Schulen los?»

Fortsetzung von Seite 1

der teuren Schulleitungsausbildungen. Ein sehr wichtiger Reformpunkt war die Abschaffung der für die Schweiz typischen demokratischen Verankerung der Schulen mit entsprechenden subsidiär organisierten Behördenstrukturen in ihren jeweiligen Gemeinden und Regionen. Nur so konnten die Reformen mit einer Top-down-Strategie durchgesetzt werden. Darum wurden die bisher vom Volk gewählten Schulpflegen zugunsten der Schulleitungen entmachtet und zu Verwaltungsbehörden umfunktioniert. Die nächst-übergeordnete Behörde, die Bezirksschulpflege, welche bisher die Schulen beaufsichtigt hatte und Ansprechpartner für Rekurse gewesen war, wurde unter dem Schlagwort «Professionalisierung» durch eine *Fachstelle für Schulbeurteilung* ersetzt, die von der Verwaltung eingesetzt wurde. Sie überprüft seither in einem für die Schulen arbeitsintensiven, dem Vernehmen nach von vielen als unnötig aufwendig und wenig hilfreich bezeichneten Verfahren die Qualität von Schulen. Auch die Schulstufen wurden neu organisiert und dabei der in der Schweizer Bevölkerung gut verankerte und geschätzte Kindergarten durch eine bereits schulstofforientiert konzipierte Basisstufe abgelöst (auch wenn der Begriff «Kindergarten» vielerorts beibehalten wurde).

Für die Lehrkräfte wehte deshalb ein neuer, scharfer Wind. Sie wurden nun nicht mehr von den Stimmbürgern gewählt, sondern neu mit in der Privatwirtschaft üblichen Verträgen eingestellt und lohnwirksamen Mitarbeiterbeurteilungen unterzogen. Ihr Berufsauftrag wurde neu definiert, und sie hatten ihren Unterricht auf die nun propagierten individualisierenden Methoden des Classroom-Managements umzustellen.

### Neue Ausbildungskonzepte an den Pädagogischen Hochschulen

Genauso wie alle anderen Reformschritte steht deshalb auch die Neugestaltung der Lehrerausbildung im Kontext der von der OECD und dem *Aktionsrahmen Bildung 2030* der *Unesco* vorgegebenen Marschrichtung. Ein sehr entscheidender Reformschritt war deshalb – gerade im Zusammenhang mit der heutigen Misere – die Abschaffung der bisherigen Ausbildungsstätten für Lehrpersonen, den Seminarien, in denen sie von praxiserfahrenen, an der europäischen Bildungstradition orientierten Fachkräften in ihren Beruf eingeführt worden waren. Nun wurden Pädagogische Hochschulen gegründet, an denen heute die Studierenden vorrangig in die methodischen und inhaltlichen Unterrichtsprinzipien aus dem angloamerikanischen Raum eingeführt werden. Dazu gehört das vorwiegend selbstorganisierte Lernen, das auf den durch Tests überprüfbaren Kompetenzen des umstrittenen *Lehrplans 21* aufbaut. Oft vermitteln dies – wie von Studierenden zu hören ist – Dozenten, zu deren Anforderungsprofil offenbar nicht mehr zwingend eigene Unterrichtserfahrungen in der Volksschule gehören.

### Auf leisen Sohlen in die falsche Richtung

Zusammengefasst: Es erfolgte – von vielen unbemerkt – in den letzten Jahrzehnten auf allen Ebenen unseres Bildungswesens von der Ver-

waltungsstruktur bis zu den Ausbildungs- und Unterrichtsinhalten ein stetiger Reformprozess, der unser Schulsystem aus seinen demokratischen Wurzeln herauszulösen versuchte. Das kam einem Paradigmenwechsel von der europäischen Bildungstradition hin zu angloamerikanischen Konzepten auch auf der Ebene des Unterrichts gleich. Es folgten Volksabstimmungen, mit denen man das Volk ins Boot holen wollte. Die gesetzlichen Vorlagen, die den Stimmbürgern zur Abstimmung vorgelegt wurden, waren wenig transparent und von ausgeklügelten Propagandakampagnen begleitet. Sie enthielten viel Spielraum für Verordnungen, mit denen die Bildungsverantwortlichen danach umstrittene Massnahmen problemlos einführen konnten. Beispiele waren die Abstimmungen 2006 über einen *Bildungsartikel in der Bundesverfassung* und die Errichtung des *HarmoS-Konkordats* durch die demokratisch zweifelhaft legitimierte EDK (Erziehungsdirektorenkonferenz). Beides wurde unter der Prämisse der Angleichung der kantonalen Bildungssysteme «verkauft», war aber ein weiterer Entdemokratisierungsvorgang, der einen Macht- und Zentralisierungszuwachs auf Bundesebene auf Kosten der Kantone bedeutete. Gebetsmühlenartig wurde das nicht stichhaltige Argument wiederholt, dass die Entwicklung der Schweizer Schulen im 19. Jahrhundert stehengeblieben sei und nun den Anschluss an die Welt verlöre, wenn sie nicht mitmachten. Vergessen schien, dass die Schweiz zuvor stets wegen ihres hervorragenden Schulsystems bewundert worden war ...

Trotz dieser geballten Propaganda wehrten sich viele wache und verantwortungsbewusste Zeitgenossen gegen diese Fehlentwicklung. Ein

für die Schweiz unüblichen, hässlichen Medienkampagne ausgeschaltet. Viele Lehrpersonen wagen seither nicht mehr, sich laut und deutlich zu äussern, und nicht wenige stiegen aus dem Beruf aus, der nicht mehr der ihre war, reduzierten ihr Pensum, übernahmen eine pädagogische Nische oder liessen sich vorzeitig pensionieren. Andere strengten sich über die Massen an, um es «richtig zu machen», der Kritik zu entgehen, manche auch, weil sie für sich eine mögliche Karrierechance in der Bildungsverwaltung sahen. Burnouts wurden zunehmend zu üblichen Berufsrisiken von Lehrpersonen. Auch fiel auf, dass die Pädagogischen Hochschulen zwar grossen Andrang hatten, aber sehr viele der Auszubildenden das Studium aufgaben und die neu Ausgebildeten gar nicht erst oder nur mit einem kleinen Pensum ins Berufsleben einstiegen oder auch nach kurzer Zeit resigniert und enttäuscht wieder aufhörten. (Welche Firma könnte sich einen solchen Flop leisten?) Die Gründe dafür sind bis heute nicht unabhängig untersucht worden. Dieser Artikel soll ein Beitrag dazu sein.

### Pädagogik statt Classroom-Management

Ich finde nach wie vor, dass ich als Lehrerin den schönsten Beruf gewählt habe, den ich mir vorstellen kann. Diese Einsicht würde ich auch jungen Lehrerinnen und Lehrern oder solchen, die schon einige Zeit im Beruf stehen und manchmal daran zweifeln, gönnen. Und selbstverständlich wünsche ich allen Kindern und Jugendlichen eine Schulzeit, in der sie Freude am Lernen aufbauen und erhalten können. Sie haben diese Chance nur einmal und tragen das Erlebte das ganze Leben lang mit.

«*New Public Management* (NPM) ist das Werkzeug neoliberaler Regierungen, mit dem öffentliche Ausgaben möglichst reduziert und aus dem Staat ein kundenorientiertes Dienstleistungsunternehmen gemacht werden soll. Damit wurde die Umgestaltung unseres demokratisch organisierten und kontrollierten Bildungswesen zu einem aus der Privatwirtschaft übernommenen betriebswirtschaftlich gemanagten Schulbetrieb in Angriff genommen.»

Beispiel sind die Volksinitiativen in 11 Kantonen der deutschen Schweiz, mit denen sie die Einführung des *Lehrplans 21* zu verhindern suchten (zwar gingen die Abstimmungen verloren, aber stets unterstützte ein Viertel oder gar jeder dritte Stimmbürger diese Vorlagen).

### Ehrlichkeit ist angesagt

Und was hat das nun mit den eingangs beschriebenen Sorgen von Leos Mutter und der prekären Situation des Lehrermangels zu tun? Viele interessierte Zeitgenossen rätseln über die Gründe der heutigen Probleme und suchen nach Lösungen. Das geht nicht ohne sorgfältige Analyse, denn eine ehrlich geführte öffentliche Debatte über den Kulturwandel unseres Bildungswesens fand nie statt. Im Gegenteil, die kritischen Einwände und fundierten Analysen von Lehrkräften und verantwortungsbewussten Bildungsverantwortlichen wurden nicht nur in den Wind geschlagen und als Verschwörungstheorien abgetan, sondern über Jahre hinweg mit einer

## Wer mit der EU verhandelt, sollte wissen, worauf er sich einlässt

ds. Seit der Bundesrat die Verhandlungen über das Rahmenabkommen mit der EU abgebrochen hat, vergeht kein Tag, an dem die Schweizer Medien die Beziehung zwischen der Schweiz und der EU nicht thematisieren. Dabei stehen häufig die Schweiz und insbesondere der Bundesrat in der Kritik, während den Forderungen der EU kritiklos breiter Raum eingeräumt wird. Der Ton ist oft unterwürfig. Statt ehrlich zu informieren, was ihre Aufgabe wäre, betreiben sie Politik: Sie drängen den Bundesrat zu schnellerem Handeln und warnen, die EU könne die Geduld mit der Schweiz verlieren.

Tatsächlich aber wird die Schweiz von den Forderungen und Sanktionen der EU massiv unter Druck gesetzt und erpresst, und es wäre an der Zeit, die Bevölkerung darüber aufzuklären und ihr ein realistisches Bild von dieser EU zu vermitteln.

### Mit US-amerikanischem Support von der EWG zur EU

Der Zusammenschluss von Deutschland, Frankreich, Italien, den Niederlanden, Belgien und Luxemburg zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG 1957 wurde wesentlich von den USA angestossen und hatte von Anfang an ein politisches Ziel – die Vereinigten Staaten von Europa.

*Jean Monnet*, der als geistiger Vater der europäischen Gemeinschaft gilt, war während 20 Jahren in den USA in der Finanz- und Kriegswirtschaft tätig. Er pflegte enge Kontakte zur wirtschaftlichen und politischen Führung der USA, und seine enge Freundschaft mit dem amerikanischen Aussenminister *Jean Forster Dulles* machte ihn zum Vertreter der amerikanischen Aussenpolitik in Europa.

Die USA wollten keinen freiheitlichen Zusammenschluss der europäischen Länder, welcher ihre Souveränität gewahrt hätte. Und sie haben sich durchgesetzt. (Siehe Wüthrich, Werner. *Wirtschaft*

Selbstverständlich spielen auch die Eltern eine wichtige Rolle, damit das gelingt, denn durch ihre Erziehung führen sie ihr Kind in die Welt ein und bereiten es darauf vor, wie es den Anforderungen in der Schule begegnen kann. Können sie dabei ein Arbeitsbündnis mit der Lehrperson schliessen, stehen die Chancen für ihr Kind am besten. Sie als Eltern müssen aber einfordern (!), dass ihr Kind eine Schule besuchen kann, die auf einem pädagogisch-psychologischen Fundament steht, wie es in der europäischen Bildungstradition entstanden ist und stetig weitergeführt wird. Heute stehen wissenschaftliche Befunde zur Verfügung, wie ein kindgerechter Unterricht gestaltet werden muss.<sup>6</sup> Diese wurden in den letzten Jahrzehnten grösstenteils vernachlässigt, weil die Stossrichtung der Reformen nicht pädagogisch begründet war. Nun sind alle gefordert und müssen in die Hosen steigen, wenn wir das vormals gute Bildungsniveau, eine wichtige Substanz unseres Landes, zurückerobert wollen. Packen wir es an!

<sup>1</sup> Ich beziehe mich im folgenden schwerpunktmässig auf die Schulen im Kanton Zürich, wobei die Entwicklung in den anderen Kantonen ähnlich verlaufen ist.

<sup>2</sup> 1984 traten die USA, Grossbritannien und Singapur aus der *Unesco* aus, nachdem diese eine Resolution verabschiedet hatte, mit der die Abhängigkeit von den vier grossen Nachrichtenorganisationen AP, UPI, AFP und *Reuters* vermindert werden sollte.

<sup>3</sup> vgl. Langer, Roman. «Warum haben die Pisa gemacht?» In: ders. (2008). «*Warum tun die das?*» *Governanceanalysen zum Steuerungshandeln in der Schulentwicklung*. Wiesbaden: vs Verlag für Sozialwissenschaften; auch: Martens, Kerstin/Wolf, Klaus-Dieter. «Paradoxien der Neuen Staatsräson». In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, 13. Jg. (2006) Heft 2, S. 145–176. zitiert nach: Buchser, Sandra. «Ein Kick gegen Schrott». In: *Zeit-Fragen* Nr. 25 vom 11.6.2012

<sup>4</sup> Bieber, T. (2010). *Sanfte Steuerungsmechanismen in der Bildungspolitik. Die PISA-Studie und der Bologna Prozess in der Schweiz*. Universität Bremen: *TransState Working Papers* No. 117. Sfb597

<sup>5</sup> vgl. Bonfranchi, Riccardo/Perret, Eliane. *Heilpädagogik im Dialog. Praktische Erfahrungen, theoretische Grundlagen und aktuelle Diskurse*. Bielefeld: Athena-Verlag, 2021, S. 141ff.

<sup>6</sup> vgl. Kissling, Beat. *Sind Inklusion und Integration in der Schule gescheitert? Eine kritische Auseinandersetzung*. Bern: Hogrefe-Verlag, 2022, S. 109ff.

und direkte Demokratie in der Schweiz, S. 293f.)

### Mit der Methode Juncker ...

«Wir beschliessen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein grosses Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.» (Jean-Claude Juncker in «*Der Spiegel*» 52/1999)

Genau nach der Methode Juncker hat sich die EU in den letzten 30 Jahren zu einem bürokratischem Moloch entwickelt, der immer mehr Macht an sich reisst und den niemand mehr überschauen, geschweige denn kontrollieren kann. Immer mehr Richtlinien und Verordnungen, die in den Ländern in nationales Recht umgesetzt werden müssen, werden in Brüssel gemacht.

### ... zur Nato-EU

Mit dem Krieg in der Ukraine hat die Anbindung der EU an die USA und die Nato eine neue Stufe erreicht. Die USA haben die EU dazu gebracht, gegen ihre eigenen Interessen zu handeln und die amerikanischen Sanktionen gegen Russland umzusetzen; sehr zur Freude der amerikanischen Öl-, Gas- und Rüstungsindustrie, die von den hohen Preisen und der erzwungenen Aufrüstung profitieren. Es sieht so aus, dass die EU-Politik im wesentlichen zu einer von den Vereinigten Staaten gesteuerten Nato-Politik geworden ist.

Dass die Schweiz die EU-Sanktionen gegen Russland übernommen hat, und einzelne Bundesräte nun sogar eine schnelle Annäherung an die EU anstreben, befremdet, denn der Bundesrat und letztlich die Bürger hätten allen Grund, sorgfältig abzuwägen, welche Abkommen sie mit dieser Nato-EU abschliessen wollen.

## «Markt statt Staat» lautete die Devise»

von Urs Graf

Ohne Kenntnis der geopolitischen Zusammenhänge der Schul-«Reformen» stochern wir in Details herum und finden keine Remedur, nicht in der Pädagogik, nicht in der Lehrerausbildung und auch nicht in den Verwaltungsstrukturen. Und man kann nach dem Prinzip «teile und herrsche» die halbinformierten Betroffenen sich durch gegenseitige Schuldzuweisungen ermüden lassen – und das strategische Ziel weiterverfolgen.

Nun könnte gerade diese Feststellung als reine Verschwörungstheorie apostrophiert werden, hätten nicht viele Autoren (nicht nur in «*Zeit-Fragen*») seit den neunziger Jahren immer wieder diese Zusammenhänge aufgezeigt.

Durch Einbindung in internationale Abkommen und Unterstellung unter supranationale Behörden wie OECD, WTO, WHO wollte man – ich war zugegen, als man das Mitte der neunziger Jahre im Zürcher Limmathaus unter SP-Exponenten diskutierte – die Schweiz «aus ihrem Reformstau be-

freien». Und während globalisierende Linke «aus dem Staat Gurkensalat» machen, favorisierten globalisierende Rechtsbürgerliche das *New Public Management*, die Entstaatlichung des Staates. «Markt statt Staat» lautete die Devise. Folgeschwere Veränderungen, vor allem die Grundversorgung betreffend, wurden der demokratischen Diskussion entzogen.

Das Abschmettern der Volksinitiativen «Staatsvertragsreferendum» und «Landesrecht vor Völkerrecht» war wohl nur durch Vermeidung eines vertieften Nachdenkens über diesen Sachverhalt möglich.

Man müsste vielleicht noch sagen, dass diese Reformschule nicht nur Versager (Loser) hervorbringt, sondern eben auch erfolgreiche (Winner), aber willfährige Handlanger dieses Systems, weil die Kinder nicht mehr in einer Klassengemeinschaft aufwachsen, die eine gefühlsmässige Verbundenheit mit allen festigt und ein soziales Gewissen fördert.



# Der Ukraine-Konflikt – ein Stellvertreterkrieg?

## Bundesrat Maurers Analyse wird ausserhalb der angelsächsischen Propagandablase weltweit geteilt

ts. Was Bundesrat *Ueli Maurer* kürzlich im appenzellischen Bühler zur Ukraine-Krise äusserte, fand ein starkes Echo im Blätterwald und unter der Bundeshauskuppel. Da es kein Redemanuskript gibt, greift man am besten auf Lokalberichterstattung zurück, die noch nicht von einer Zentralredaktion «gerahmt» wurde.<sup>1</sup> Demzufolge soll der SVP-Magistrat zu zwei Fragen Stellung genommen haben: Wann endet der Krieg, und wie lange werden dessen Auswirkungen in der Schweiz und der Welt spürbar sein? Was die Flüchtlingsströme betrifft, soll Maurer verstärkte Spannungen prognostiziert haben, da ukrainische Flüchtlinge auf Grund des Schutzstatus S besser gestellt sind als andere Flüchtlinge. Dass es da Rumor in der Bevölkerung, lässt sich landauf landab unschwer feststellen. Den Ukraine-Konflikt ordnete Maurer als Stellvertreterkrieg zwischen West und Ost ein. Hier Nato, da Russland: Ein Machtkampf auf dem Buckel der Ukraine. Wieder drohe der Welt eine Spaltung wie im Kalten Krieg. Wieder befänden wir uns in einer Rüstungsspirale, wieder sässen wir auf einem Pulverfass. Obwohl die Welt und auch die Schweiz bisher von den schweizerischen Schutzmandaten profitiert habe, stünden diese und eine der wichtigsten Säulen unseres Landes, die Neutralität, zur Disposition. Sorgen bereiteten dem Bundesrat auch die Energie- und die Ernährungsfrage sowie der mangelnde Wille, das Land militärisch zu verteidigen. Während in Appenzell Inner- und Ausserrhoden immerhin noch 80 Prozent der Wehrpflichtigen Militärdienst leisteten, ziehe rund ein Drittel der Schweizer den Zivildienst vor. Maurer erinnerte an die Einsicht der Vorfahren, den Eintrittspreis möglichst hoch anzusetzen, eine Stärke zu erreichen, dass es sich gar nicht lohne, die Schweiz anzugreifen. Ohne Armee aber würden wir zum Opfer. Zum Abschluss wollte Maurer nicht ausschliessen, dass wir uns in ein paar Wochen mit einem Atomkrieg in Europa konfrontiert sehen könnten.

Der Ukraine-Krieg als Stellvertreterkrieg? Es war diese Aussage, die dem Bundesrat Schelte einbrachte, u. a. von Exponenten der Grünen, der SP und der FDP. Eine Aussage und Einschätzung, die zugegebenermassen der Nato- und EU-Sprachregelung und angemessenen Definitionshoheit widerspricht, sich aber in bester Übereinstimmung mit Stimmen aus der nicht-westlichen Welt befindet. Und dort leben immerhin rund 80% der Weltbevölkerung. Wer versucht, den europazentrierten verengten Blick auf die Welt zu durchbrechen, Abstand gewinnt vom angelsächsischen Narrativ und Stimmen aus Afrika, Lateinamerika, Indien, Pakistan, Singapur usw., aber auch aus den USA zur Kenntnis nimmt, stellt eines fest: Die sehen das durchaus anders. Und

### Kissinger: «Fragen, die wir zum Teil selbst geschaffen haben»

ts. In einem Interview mit dem «Wall Street Journal» zeigte sich *Henry Kissinger*, der 99jährige ehemalige US-Aussenminister, besorgt über das «Ungleichgewicht» in der Welt. Er sagte: «Wir befinden uns am Rande eines Krieges mit Russland und China in Fragen, die wir zum Teil selbst geschaffen haben, ohne eine Vorstellung davon zu haben, wie das Ganze enden wird oder wozu es führen soll.»

Washingtons Aussenpolitik findet vor Kissinger keine Gnade: Washington habe keinen grossen Staatsführer mehr, lehne traditionelle Diplomatie ab, und der US-Aussenpolitik fehle es gefährlich an strategischer Zielsetzung. Kissinger kritisierte Politiker, die wie ihre Wähler heute «persönliche Beziehungen zum Gegner» nicht mehr von der Aufrechterhaltung stabiler diplomatischer Gespräche trennen könnten. Man sei sehr empfänglich für die «Emotionen des Augenblicks».

Was die Ukraine-Krise betrifft, so betont Kissinger, die Ukraine sei eine Ansammlung von Gebieten, die einst zu Russland gehörten. Frieden sei nur möglich, wenn die Ukraine als Puffer zwischen Russland und dem Westen fungiere. «Ich war für die volle Unabhängigkeit der Ukraine, aber ich dachte, die beste Rolle wäre so etwas wie diejenige Finnlands, eine Art Zwischenlösung.» Kissinger hatte schon vor Kriegsbeginn im Januar auf die Mitschuld des Westens hingewiesen:

Eine unvorsichtige Politik der USA und der Nato habe den Konflikt in der Ukraine mit ausgelöst. Jetzt sehe er «keine andere Möglichkeit, als die von *Wladimir Putin* geäusserten Sicherheitsbedenken ernst zu nehmen, und hält es für einen Fehler, dass die Nato der Ukraine signalisiert hat, sie könne dem Bündnis beitreten.»

Wie der Krieg enden werde? Kissinger sieht eine Einigung voraus, bei der Russland seine Eroberungen von 2014 auf der Krim und Teile der Donbass-Region behalten werde.

Mit Blick auch auf den Konflikt um Taiwan sagte Kissinger: «Meines Erachtens hat das Gleichgewicht zwei Komponenten. Eine Art Gleichgewicht der Kräfte, mit einer Akzeptanz der Legitimität von manchmal gegensätzlichen Werten. Denn wenn Sie glauben, dass das Endergebnis Ihrer Bemühungen die Durchsetzung Ihrer Werte sein muss, dann ist ein Gleichgewicht meiner Meinung nach nicht möglich. Die eine Ebene ist also eine Art absolutes Gleichgewicht», sagte er. Die andere Ebene sei das «Verhaltensgleichgewicht, das heisst, es gibt Grenzen für die Ausübung der eigenen Fähigkeiten und Macht im Verhältnis zu dem, was für das Gesamtgleichgewicht erforderlich ist».

Quelle: <https://www.wsj.com/articles/henry-kissinger-is-worried-about-disequilibrium-11660325251>

tragen zum grössten Teil die Sanktionen der USA und EU nicht mit. Und sehen das Problem in der Nato-Ost-Erweiterung, mithin also bei den USA. So auch der US-amerikanische Politologie-Professor an der Uni Chicago, *John Mearsheimer*, oder der einst neoliberale US-Ökonom *Jeffrey Sachs*. Denn auch USA ist nicht gleich USA, auch da gibt es Stimmen, die das vorherrschende Narrativ als monströse Propaganda bezeichnen und als brandgefährlich ablehnen. Ganz zu schweigen vom «grand old man» der US-Aussenpolitik *Henry Kissinger* (siehe Kästchen). In Asien wäre etwa *Kishore Mahbubani* zu nennen. Er hatte ja vor Jahren ein Buch geschrieben gegen die west-

zentrierte, enggeführte ideologische Sicht auf die Welt, mit dem provokativen Titel «Can Asians Think?» Und hat er nicht recht, immer noch? Hören wir im Westen auf die Stimmen des «Rests» der Welt? Übertüncht nicht die Rhetorik vom Kampf der Demokratie gegen die Autokratie die alte westliche Arroganz, es besser zu wissen als die ehemals kolonialisierten Völker? Ironie oder zum Weinen? Da muss ein Bundesrat jener Partei kommen, der man unterstellt, sie lasse die Welt aussen vor, und uns das sagen, was auch grosse Teile der übrigen Welt so sehen, während die postkoloniale Studien fördernden Grünen und Linken das westliche Narrativ kritiklos kolportie-

### «Ein 99jähriger, der einen 79jährigen erzieht»

Wie reagierte China auf das Kissinger-Interview im «Wall Street Journal»? «Das ist ein 99jähriger, der einen 79jährigen erzieht», sagte Lü Xiang, Forschungsstipendiat an der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, am Sonntag der «Global Times», auf das Alter von Kissinger und Joe Biden anspielend. «Offensichtlich hat die derzeitige US-Regierung keine Ahnung, was das Gleich-

gewicht ist, denn zuerst muss man die Legitimität des Gegenübers anerkennen. Wenn man die Legitimität einschliesslich der Souveränität seines Gegenübers in Frage stellt, ist es unmöglich, ein Gleichgewicht zu erreichen», sagte er.

Quelle: <https://www.globaltimes.cn/page/202208/11272970.shtml>

# Schweizer Aussenministerium – Unglaubliche Arroganz oder totaler Realitätsverlust?

von Christian Müller

Die gegenwärtige Schweizer Regierung hat mit dem Entscheid, die Sanktionen der EU gegen Russland pauschal (!) zu übernehmen, die historisch und politisch gefestigte Neutralität der Schweiz dramatisch verletzt und vielleicht gar unwiederbringlich zerstört. Auch der Platz Genf als zweitwichtigster Standort der Uno wird seine Funktion als internationaler Konferenzort mehr und mehr verlieren. Und mit der «Ukraine Recovery Conference» in Lugano hat die Schweiz zusätzlich bestätigt, dass sie keine neutrale Haltung mehr einnehmen will. Nichtsdestotrotz hat das Aussenministerium Wolodimir Selenskis absurde Idee, die Schweiz solle als Interessenvertreter der Ukraine in Moskau zum Einsatz kommen, positiv aufgenommen und zwischenzeitlich mit Kiew en détail abgesprochen. Doch die Quittung liegt bereits auf dem Tisch: Russland ist an den vermeintlich Guten Diensten der Schweiz nicht mehr interessiert.

Der Schweizer Aussenminister *Ignazio Cassis* ist bekanntlich unentwegt auf der Suche nach «Opportunitäten». Und offensichtlich hielt er *Selenskis* Vorschlag für eine solche «Opportunität». Nicht zufällig hat er ja am WEF in Davos vorgeschlagen, die schweizerische Neutralität in eine «kooperative Neu-

tralität» umzubauen: neutral zu bleiben, aber mit der einen Seite eines Konflikts zu «kooperieren». Und er erhielt dafür prominentes Lob, insbesondere vom Nato-nahen NZZ-Redaktor *Georg Häslar*, der selber Oberst der Schweizer Armee ist.

Die Schweiz hat seit Ende Februar alle von der EU beschlossenen Sanktionen gegen Russland pauschal, also ohne jede Abweichung oder auch nur Präzisierung, übernommen. Wie kann man in so einer Situation auch nur darauf hoffen, von Russland als Interessenvertreter der Ukraine akzeptiert zu werden? Ist es eine massive Selbstüberschätzung unseres Aussenministers? Oder ist es einfach totaler Realitätsverlust? Oder eben einmal mehr einfach eine «Opportunität», die gepackt werden sollte? Das Nein aus Moskau war denn auch alles andere als überraschend.

### Mehr und mehr wird Hass auf alle Russen und auf alles Russische gefördert

Ziemlich peinlich ist die ganze Geschichte auch für die grossen Schweizer Medien. Sie plädieren fast unisono für eine Weiterführung des Krieges in der Ukraine und gegen Verhandlungen, haben aber *Ignazio Cassis'* Vorhaben prominent begrüsst – siehe zum Beispiel die Frontseite der «Aargauer Zeitung»

vom 10. August 2022. Und wo immer Behörden oder Organisationen etwas tun, um den bereits verbreiteten Russenhass noch anzuhetzen, gibt's Lob oder zumindest höfliches Schweigen. In St. Gallen zum Beispiel wurde für die Festspiele die Oper «Die Jungfrau von Orléans» des russischen Komponisten *Tschaikowski* abgesetzt und durch *Verdis* Oper «Giovanna d'Arco» ersetzt. Begründung: Eine öffentliche Aufführung von Kompositionen von *Tschaikowski* sei jetzt den ukrainischen Flüchtlingen hier nicht zuzumuten. Notabene: Der russische Komponist *Pjotr Iljitsch Tschaikowski* lebte von 1840 bis 1893 ...

Und im aargauischen Birmenstorf wurde der mittlerweile ebenfalls traditionelle «Convoy to Remember», wo gute 700 historische Kriegsfahrzeuge aus ganz Europa an diesem Wochenende zusammenkommen und 20000 Besucher erwartet werden, ebenfalls umprogrammiert: In Absprache mit Spitzenvertretern der Schweizer Armee, wie man lesen konnte, wurde beschlossen, den Anlass trotz des Krieges in der Ukraine durchzuführen, diesmal aber keine russischen Panzer zu zeigen. Dazu die «Aargauer Zeitung» wörtlich: «Der «Convoy» erinnert laut Organisatoren an den D-Day – den Tag im Jahr 1944, als die Befreiung Eu-

ropas durch die Alliierten im Zweiten Weltkrieg startete.» Die CH-Media-Zeitungen, zu denen die «Aargauer Zeitung» gehört, verpassen keine Gelegenheit, zu behaupten, Europa sei 1944 am D-Day von den Alliierten befreit worden, wo doch jeder, der schon mal ein Buch gelesen hat, weiss, dass *Hitlers* militärischer Niedergang mit den gigantischen – und eben verlorenen! – Schlachten von Stalingrad (1942/43) und Kursk (1943) begonnen hat. Dass an einem «Convoy to Remember» – einem Umzug zur Erinnerung! – ausgerechnet russische Panzer und Fahrzeuge nicht gezeigt werden dürfen, ist insofern ein besonders widerlicher Entscheid der Organisatoren – und dies in Absprache mit der Schweizer Armee!

Es ist einfach unglaublich: Die neutrale Schweiz ist zum Vasall der USA – die Schweizer Banken halten sich zum Beispiel an die Sanktionen der USA gegen Kuba – und jetzt auch der EU geworden, der sie nie beitreten wollte. Man kann sich für die Entscheidungen des Bundesrates und die Haltung der grossen Schweizer Medien nur noch schämen.

Quelle: <https://globalbridge.ch/schweizer-aussenministerium-unglaubliche-arroganz-oder-totaler-realitaetsverlust/>

<sup>1</sup> Siehe zum Beispiel *Seraina Hess* in der *Thurgauer Zeitung* vom 15. August 2022



# Schweizer Energieversorgung auf dem Prüfstand

## Warum die zögerliche Politik des Bundesrates?

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Seit Jahren legt die Eidgenössische Elektrizitätskommission ElCom den Finger darauf, dass die Schweiz früher oder später auf eine Strommangellage im Winter zusteuern wird. Derzeit sieht es so aus, als ob dies eher früher, nämlich im bevorstehenden Winter, der Fall sein könnte, so ElCom-Präsident Werner Luginbühl. Bereits Anfang Juli warnte der Präsident von Swissgas, André Dosé, auch vor einer drohenden Gas-Knappheit. Vor allem letzterer übte deutliche Kritik an der Politik des Bundesrates.

Bundesrätin Simonetta Sommaruga, Vorseherin des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK), möchte die Untauglichkeit der bundesrätlichen Energiestrategie gerne vertuschen, indem sie die Ursachen einer möglichen Versorgungslücke «Russland» zuschiebt. Ja, sie benutzte kürzlich in einer Brandrede den Ukraine-Krieg sogar als Hebel für die Eingliederung der Schweiz in die EU/Nato.

### Politik hat die Warnungen der ElCom zu wenig ernst genommen

Die Aussage von Werner Luginbühl, Präsident der Elektrizitätskommission (ElCom), es sei ratsam, genügend Kerzen im Haus zu haben, und wenn man einen Holzofen habe, auch genügend Brennholz, ging wie ein Lauffeuer durch die Schweiz. In einem Zeitungsinterview führte Luginbühl weiter aus: «In der heutigen Situation kann man stundenweise Abschaltungen nicht ganz ausschliessen. Deshalb ist es wichtig, dass man die nötigen Vorkehrungen trifft.» Dies sei ein Worst-case-Szenario, so Luginbühl. Aber es sei sinnvoll, sich zu überlegen, was man machen würde, wenn man einmal für ein paar Stunden ohne Strom wäre.<sup>2</sup>

Was die Stromversorgung betrifft, ist die Schweiz laut dem ElCom-Präsidenten zwar in einer besseren Situation als viele andere Länder: «Wir können mit der Wasserkraft 60 Prozent unseres Verbrauchs im Inland produzieren. Rund ein Drittel des Stromverbrauchs stammt von den Kernkraftwerken. Und dann gibt es tatsächlich einen Rest von 5 bis 10 Prozent, den wir importieren müssen. Dort liegen für uns die grössten Risiken: dass wir diesen Teil des Stroms im nächsten Winter nicht in Europa beschaffen können.»

Die Produktion dieses «Rests» in die Wege zu leiten und zu fördern, ist die Aufgabe des Bundesrates und des Parlaments. Denn auch ein Stromabkommen mit der EU würde uns im nächsten Winter keinen Strom und kein Gas beschaffen, wenn unsere Nachbarländer selbst nicht genug haben.

Werner Luginbühl kritisiert, «dass die Politik die jahrelangen Warnungen der ElCom vor einer Strommangellage im Winter zu wenig ernst genommen habe. Die Schweiz müsse das Thema Versorgungssicherheit viel entschiedener und entschlossener angehen».<sup>3</sup>

Eine milde Kritik des heutigen ElCom-Chefs: Wir erinnern uns an weit träfere Kommentare seines Vorgängers Carlo Schmid-Sutter aus Appenzell-Innerrhoden.

### «Bundesrätliche Energiestrategie erweist sich als Makulatur»

Um so überraschender ist die klare Stellungnahme von NZZ-Wirtschaftsredaktor Christoph Eisenring zur «Energiestrategie 2050» des Bundesrates. Es sei «eine Bankrotterklärung für die Energiestrategie», wenn ElCom-Präsident Luginbühl der Bevölkerung empfehle, Kerzen und Brennholz zu kaufen. Denn damit gebe der Bund zu, «dass er Schweizerinnen und Schweizer genau vor derjenigen Gefahr nicht bewahren kann, die er selbst als das grösste Risiko für das Land sieht: eine Strommangellage», so Christoph Eisenring.<sup>4</sup> Und weiter: «Die bundesrätliche Energiestrategie erweist sich als Makulatur. Da war die Rede von Effizienzsteigerungen, weshalb der Verbrauch gar nicht stark zunehmen werde. Und auch dass Wind- und Sonnenstrom Backup-Kraftwerke benötigt, damit man im Winter sicher über die Runden kommt, wurde viel zu lange ignoriert.» Auf seine eigene Frage: «Und muss man der Regierung nicht zugutehalten, dass der Krieg in der Ukraine unvor-

hersehbar war?» antwortet Eisenring: «Wer so argumentiert, macht es sich zu einfach. Es droht das, was laut einer früheren Analyse von Luginbühls Behörde sowieso ab 2025 geblüht hätte.»

Genau so einfach macht es sich UVEK-Chefin Sommaruga: «Warum haben wir heute ein Problem? Weil Russland den Gashahn zudreht und die Schweiz beim Öl und Gas vollständig vom Ausland abhängig ist.»<sup>5</sup> Damit soll wieder einmal Russland «schuld» sein! Dabei betrifft die Schweizer «Energiestrategie 2050» ausschliesslich die Stromversorgung.

Die Gasversorgungssicherheit dagegen sah bis 2021 niemand als gefährdet an, denn Russland war und ist seit Jahrzehnten ein zuverlässiger Partner für die Schweiz und die anderen europäischen Länder. Heute müssen wir Europäer allein deshalb einen Gasmangel befürchten, weil unsere Regierungen derart massive Sanktionen gegen Russland ergriffen haben, dass sie den russischen Gasunternehmen nicht einmal die Bezahlung garantieren können (oder wollen). Kein Unternehmen würde unter diesen Umständen liefern. Statt dafür zu sorgen, dass durch Nord Stream 1 und Nord Stream 2 wieder russisches Gas fliesst, tragen unsere Staatschefs lieber zu den astronomischen Gewinnen der Öl- und Gasindustrie bei (siehe Kasten zu «Glencore»), indem sie in den Golf-Staaten herumweibeln, um für teures Geld fossile Energien zu ergattern, und Flüssiggasspeicher für schmutziges und noch teureres US-Fracking-Gas bauen. Lauter Lieferanten mit tadelloser Menschenrechtsbilanz? Und wir Bürger müssen dafür bezahlen!

### «Diese Krise in der Schweiz ist zu einem grossen Teil selbstverschuldet»

Auch André Dosé, früherer Swiss-Chef und heutiger Präsident von Swissgas, übt scharfe Kritik an der bundesrätlichen Energiestrategie: «Wir sind auf ganzjährige Gasimporte und die Stromeinfuhr im Winter angewiesen. Diese Krise in der Schweiz ist zu einem grossen Teil selbstverschuldet. Die Energiestrategie 2050 ist auf Sand gebaut. Man ging davon aus, dass es kein Bevölkerungswachstum gibt, die Bevölkerung den Stromverbrauch reduziert. Ebenso war bei der Abstimmung die Elektromobilität nicht in den Szenarien enthalten. Es handelte sich um eine Träumerei, die so oder so nie funktioniert hätte. Der Ukraine-Krieg zwingt uns nun, auf dramatische Weise umzudenken.»<sup>6</sup> Den Schweizer Stimmbürgern ins Notizbuch: Als Opfer und Geprellte der falschen Prognosen im Abstimmungsbüchlein haben die Stimmberechtigten im Mai 2017 der «Energiestrategie 2050» an der Urne mehrheitlich zugestimmt!

Dem Bundesrat wirft André Dosé vor, sowohl in der derzeitigen Krisensituation als auch in der längerfristigen Planung nicht adäquat zu handeln: «[...] in Krisen muss man rasch vorwärtsgehen, Prioritäten setzen und Entscheide fällen». Um die Energiesicherheit nachhaltig zu gewährleisten, gebe es «keine kurzfristige Lösung. Der Ausbau der Photovoltaik ist richtig und gut – aber er bringt uns nicht durch den Winter.»

Demgegenüber beteuert Bundesrätin Sommaruga, alles zu tun, um eine Mangellage zu verhindern: Der Bundesrat habe «einen Rettungsschirm für grosse Stromfirmen aufgelegt und eine Wasserkraftreserve für die kritische Zeit im Winter vorbereitet. Wegen des Kriegs in der Ukraine haben wir zudem die Gasbranche beauftragt, zusätzliches Gas zu beschaffen.»<sup>7</sup> Ausserdem hat der Bund Grossbetriebe, die statt mit Gas auch mit Öl arbeiten können, aufgerufen, ihre Öllager zu füllen. So, so: Vor einigen Jahren wurde die Schweizer Bevölkerung dazu gedrängt, ihre Ölheizungen durch Gasheizungen zu ersetzen. Wir haben das brav getan – und jetzt werden 300 000 Wohnungen mit Gas geheizt, so auch im Mehrfamilienhaus, in dem ich wohne. In der wohlhabenden Schweiz wurden sogar viele noch funktionierende Ölheizungen herausgerissen! Was für eine Energieverschwendung! Heute haben wir keinen Öltank mehr und werden vermutlich dafür büssen. Aber auch dafür hat unsere Energie-

ministerin gemäss SonntagsBlick ihre Rezepte: Die Schweiz solle sich die «EU zum Vorbild nehmen» und bis zum Frühling 15 % Energie sparen. Die entsprechende Kampagne (Heizungen hinunterdrehen, Duschen statt Baden usw.) werde nächstens gestartet.

Zur Gasspeicherung: Die meisten bundesrätlichen Massnahmen seien zu spät gekommen, schrieb Swissgas-Chef Dosé bereits im Juli in der «Neuen Zürcher Zeitung». Heute seien die Regionalgesellschaften an der Befüllung der vom Bund vorgeschriebenen Speicher im Ausland, aber: «Ob das Gas in einer europäischen Mangellage auch physisch fliessen wird, ist alles andere als sicher.» Die Schweiz habe es verpasst, rechtzeitig zu handeln: «Wir hätten uns vor drei Monaten für ein oder zwei Milliarden Franken Gas sichern sollen. Das ist aber nicht geschehen. Nun kostet die Beschaffung dreimal so viel.» [Hervorhebung mw] Im Vergleich zu 2019 ist der Gaspreis laut Dosé sogar 25mal höher! Da verdienen sich einige Energiekonzerne dumm und dämlich, und wir bezahlen – oder frieren.

Wie berechtigt Dosés Kritik ist, zeigt der topaktuelle Aktivismus des Bundesrates. Gemäss seiner Medienmitteilung vom 17. August 2022 will er für die Überbrückung der zu erwartenden Winterlücke Gaskraftwerke einsetzen. Interessanterweise wird nun plötzlich ein «leistungsfähiges, privates Gaskraftwerk» in Birr (Kanton Aargau) aus dem Hut gezaubert, das kurzfristig «aushelfen» könnte («Wie ein Aargauer Reservekraftwerk Stromlücken überbrücken soll»). SRF News vom 18.8.2022. Dazu zwei kritische Fragen: Erstens: Wieviel wird diese Nothilfe den Steuerzahler kosten? Wer erst kurz vor dem Herbst eine Notreserve für den Winter organisiert, wird ungleich mehr bezahlen müssen! Zweitens: Warum gibt der Bundesrat nicht offen zu, dass die sogenannten Gaskraftwerke ziemlich sicher mit Öl betrieben werden müssen, weil Gas bekanntlich auch Mangelware sein wird? In einem Nebensatz erfährt man von der Vorgabe des Bundesrates, «dass solche Anlagen auf Grund der unsicheren Gasversorgungslage möglichst auch mit Öl (Dual-Fuel-Anlagen) funktionieren sollen.» Peinlich für die Klimaschützer ...

Ein kleiner Trost ist die Transit-Gas-Pipeline von Deutschland nach Italien durch die Schweiz. André Dosé: «Sie ist wichtig für die Versorgungssicherheit der Schweiz. Es steht in der Konzession, dass die Schweiz eine Mangellage ausrufen kann und dass dann ein Teil des Gases in die Schweiz fliessen könnte.» Allerdings mahnt er, wenn kein russisches Erdgas mehr durch die Pipeline fliesse, dann leide die gesamte europäische Versorgung. Wie gesagt: Unsere Regierungen sind aufgerufen, das Gespräch mit Russland wieder aufzunehmen und nachhaltige Abhilfe zu schaffen, nicht nur überteuerte Pflasterlipolitik für die nächsten paar Monate.

### Energielücke schliessen und Abhängigkeit vom Ausland reduzieren

Für eine genügende Energieversorgung sehen sowohl ElCom-Präsident Werner Luginbühl als auch Swissgas-Präsident André Dosé vielfältige Möglichkeiten, auch NZZ-Redaktor Christoph Eisenring und viele andere denkende Zeitgenossen haben ihre Vorstellungen dazu. Sie hier darzulegen würde den Rahmen dieses Artikels sprengen. Der Ruf aus Bern: «Wir müssen die Produktion von erneuerbaren Energien ausbauen!» ist zu unterstützen, und immerhin wird heute der grösste Stromlieferant der Schweiz, die Wasserkraft, mehr gefördert als früher. Das Parlament müsste allerdings vorwärtsmachen mit dem geplanten «Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien», das seit rund einem Jahr in den zuständigen Kommissionen des Ständerates liegt.<sup>8</sup> Beim ersten Durchlesen vermisst man zwar das dringende nötige straffere Verfahren bei Baugesuchen für Kraftwerke, auf dass der Ausbau einer Staumauer nicht mehr jahre- oder sogar jahrzehntelang auf dem Wartegleis steht. Aber der Gesetzesentwurf war bisher noch nicht in der National-

### «Glencore schreibt dank hohen Rohstoffpreisen riesigen Gewinn»

«Glencore hat im ersten Halbjahr 2022 vom hohen Niveau der Rohstoffpreise und dem in letzter Zeit ausserordentlich florierenden Handelsgeschäft profitiert. Das widerspiegelt sich in einem Halbjahresgewinn von 12,1 Milliarden Dollar. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das Ergebnis des Rohstoffhandels- und Bergbaukonzerns damit fast verzehnfacht.»

sda-Meldung vom 4.8.2022

und Ständeratsdebatte, deshalb besteht noch Hoffnung!

### «Umfassende Sicherheit finden wir in und mit Europa» – aber nöd würkli, Frau Bundesrätin!

In einer Rede anlässlich einer Veranstaltung des «Verlegerverbands Schweizer Medien» in Locarno vergass Frau Sommaruga offenbar, dass der Schweizer Bundesrat eine Kollegialbehörde ist, deren Mitglieder sich mit der Demonstration ihrer privaten Meinung etwas zurückhalten sollten. Besonders geschmacklos ist es, den Ukraine-Krieg als Aufhänger für einen Appell zur Eingliederung der Schweiz in die EU zu missbrauchen: «Der Krieg in der Ukraine ist aber nicht nur in der Energiepolitik für viele ein Weckruf. Er ist es auch aussenpolitisch.»<sup>9</sup> Es sei Zeit für eine «Annäherung an Europa. Umfassende Sicherheit finden wir nicht, indem wir nur für unsere Armee mehr Geld ausgeben. Umfassende Sicherheit finden wir in und mit Europa.»

Es scheint, als ob die Dame nicht nur in die EU, sondern auch gleich in die Nato strebt – findet die Schweiz dort «umfassende Sicherheit»? Wie absurd! Die Nato ist ein Kriegsbündnis, die EU ist heute Kriegspartei. Die Schweiz dagegen ist ein neutrales Land, und der Bundesrat ist gemäss Art. 185 Abs. 1 der Bundesverfassung verpflichtet, «Massnahmen zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und der Neutralität der Schweiz zu treffen». Dieser Pflicht kommt er derzeit und seit längerem in keiner Weise nach. Einzig Sommarugas Ratskollege Ueli Maurer erinnerte kürzlich in einer Rede daran, dass die Schweiz sich auch im Ukraine-Konflikt an das Neutralitätsprinzip halten müsse.

Für den nächsten Schritt «auf Europa zu» brauche es «eine stabile politische Mehrheit», so die Bundesrätin, das heisst eine «deutliche Mehrheit der Parteien und der Wirtschaft».

Das Stimmvolk sucht man in dieser «stabilen politischen Mehrheit» vergebens. Lieber wäre es wohl so manchem EU-Turbo, das Volk hätte in der direktdemokratischen Schweiz nicht «ewigs» das letzte Wort. Aber es hat das letzte Wort, seit langer, langer Zeit. Und so soll es auch bleiben. •

<sup>1</sup> Die Eidgenössische Elektrizitätskommission (ElCom) ist zuständig für die Überwachung der Stromversorgungssicherheit.

<sup>2</sup> Humbel, Georg. «Die Politik hat unsere Warnungen zu lange zu wenig ernst genommen». Interview mit Werner Luginbühl. In: NZZ am Sonntag vom 7.8.2022

<sup>3</sup> Keystone-SDA. «ElCom-Chef Luginbühl zu Strommangel: «Situation wäre zu bewältigen». In: Swissinfo vom 7.8.2022

<sup>4</sup> «Bankrotterklärung für die Energiestrategie». In: Neue Zürcher Zeitung vom 8.8.2022

<sup>5</sup> Alabor, Camilla und Marti, Simon. «Sommarugas Strom-Sparplan. «Heizung runter in öffentlichen Gebäuden». In: SonntagsBlick vom 14.8.2022

<sup>6</sup> Vonplon, David; Hosp, Gerald. «André Dosé zur Energiekrise: «Man ist sich in der Schweiz nicht bewusst, wie gefährlich die Situation ist». In: Neue Zürcher Zeitung vom 6.7.2022

<sup>7</sup> Alabor, Camilla und Marti, Simon. «Sommarugas Strom-Sparplan. «Heizung runter in öffentlichen Gebäuden». In: SonntagsBlick vom 14.8.2022

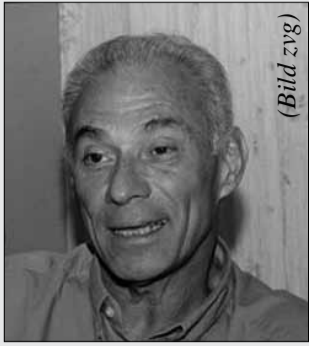
<sup>8</sup> <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefi?AffairId=20210047>

<sup>9</sup> «Soirée Medias». Rede von Bundesrätin Simonetta Sommaruga an einer Veranstaltung des Verlegerverbands Schweizer Medien in Locarno. In: Medienmitteilung des Bundesrates vom 6.8.2022



# Multipolarität versus Neoimperialismus und die irreführlite Linke

von Augusto Zamora Rodríguez



(Bild zvg)

Augusto Zamora Rodríguez war Professor für Völkerrecht und internationale Beziehungen an der Universidad Autónoma de Madrid sowie Dozent an der Nationalen Autonomen Universität von Nicaragua und Gastprofessor an verschiedenen Universitäten in Europa und Lateinamerika. Zamora war Botschafter Nicaraguas in Spanien. Von 1979 bis 1990 war er juristischer Direktor des Aussenministeriums von Nicaragua. Er vertrat Nicaragua im Verfahren gegen die USA vor dem Internationalen Gerichtshof wegen des Contra-Krieges und nahm an zahlreichen diplomatischen Missionen teil. Er ist Autor von «Malditos libertadores», «Política y geopolítica para rebeldes, irreverentes y escepticos» und «Réquiem polifónico por Occidente» und schreibt regelmässig für verschiedene Zeitungen, z. B. *Público*.

Es ist nicht leicht – das kann man mit Fug und Recht behaupten –, ideologische Ansätze, Paradigmen und Konzepte, die über ein Jahrhundert hinweg hart erarbeitet wurden, aufzugeben, um die neuen Realitäten dieses sich schnell verändernden und schwindelerregenden 21. Jahrhunderts zu verstehen und anzunehmen. Die Trägheit ist gewaltig, und schliesslich ist da noch der menschliche Faktor, der dazu führt, dass man dem Alten verhaftet bleibt und aus dieser trägen Anhänglichkeit heraus das Neue mit dem Bezugsrahmen des Alten interpretieren will, vor allem, wenn man, wie wir jetzt, in einem harten und komplexen Übergangsprozess zwischen Vergangenheit und Zukunft lebt.

## Neue Realitäten im 21. Jahrhundert

Zunächst einmal sollten wir bedenken, dass das Ende des Kalten Krieges mehr als drei Jahrzehnte zurückliegt; dass es infolge dessen keine Sowjetunion mehr gibt; dafür aber so bemerkenswerte Realitäten wie den Aufstieg Chinas zu einer Grossmacht; den Wiederaufbau Russlands, das allein schon auf Grund seiner Geographie ein wesentlicher Akteur in Eurasien ist; der Aufstieg Indiens als wirtschaftliche und technologische Macht; das bemerkenswerte Erstarken des Iran trotz des Krieges mit dem Irak und der drakonischen US-Sanktionen; die wachsende Autonomie Lateinamerikas und Afrikas, die, wenn auch stockend, Wege gegen ihre chronische Rückständigkeit beschreiten. Eine Welt also, die wenig oder gar nichts mit der Welt des so nahen und doch so weit entfernten 20. Jahrhunderts zu tun hat.

Themen wie der Antikolonialismus, die Blockfreien, die Nord-Süd-Beziehungen oder die neue internationale Wirtschaftsordnung, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf der Tagesordnung standen, sind heute Themen, an die sich niemand mehr erinnert oder an die sich nur wenige erinnern können. Es ist so, es muss so sein, weil die Realitäten anders sind und die Prioritäten und Ziele anders sind. Neue Prioritäten und Agenden erfordern neue theoretische und praktische Rahmenbedingungen, die den grossen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, einschliesslich der Kriege, gerecht werden.

## Die multipolare Ordnung kommt im stillen

Beginnen wir mit dem wesentlichen Thema der neuen Weltordnung. Die Welt des Kalten Krieges war bipolar. Man war entweder auf der Seite der USA oder der UdSSR, ob man wollte oder nicht, und angesichts dieser Bipolarität förderten Jugoslawien, Indien und Indonesien die Bewegung der Blockfreien, die zwischen 1960 und 1988 entscheidend war.



In westlichen Medien liest man nichts darüber. Zum Beispiel: Roundtable-Diskussion beim Sekretariat der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) über die Verfassungsreform in Usbekistan am 5. August 2022. (Bild eng.sectsc.org)

Diese Welt verschwand mit der UdSSR und machte einer Vielzahl von Kräften Platz, die von den Supermächten unterdrückt worden waren und eine multipolare Gesellschaft entstehen liessen. Wie so vieles in der Geschichte der Menschheit wurde auch diese multipolare Ordnung im stillen errichtet. Zwischen 1992 und 2014 erklärten sich die USA zur globalen Hypermacht und versuchten, durch eine Reihe von Angriffskriegen – Jugoslawien, Irak I, Afghanistan, Irak II, Libyen, Syrien – die Welt nach ihren Vorstellungen von Unipolarität neu zu ordnen. Der Plan scheiterte, und in der Zwischenzeit traten China und Russland mit dem Willen, das unipolare Projekt der USA zu bekämpfen, wieder auf die Weltbühne. Beide Mächte leugneten zur Panik der USA die Unipolarität und schufen eine neue globale Dynamik. Eine Dynamik, die im Gegensatz zur bipolaren Welt keine ideologischen Untertöne hat, wie es im Kalten Krieg der Fall war. Dies ist eine Welt, in der es um reine Machtdynamik geht, etwas, das einige nicht verstehen oder akzeptieren wollen. In dieser realen Welt ist die strategische Allianz zwischen China und Russland ein typisches Beispiel. Die Volksrepublik China ist ein Land, das, ob Sie es glauben oder nicht, von der kommunistischen Ideologie durchdrungen ist, und ihr Präsident *Xi Jinping* hat angeordnet, das Studium des Marxismus-Leninismus mit chinesischen Merkmalen zu intensivieren. Der russische Präsident, der verteuftelte *Wladimir Putin*, wird in diesem atlantischen und *orwellischen* Europa zwar als rechtsextrem dargestellt, ist es aber nicht. Er ist ein russischer Patriot, der in sexuellen Fragen eher konservativ ist (wie die UdSSR, das darf man nicht vergessen, und wie das revolutionäre Kuba) und dessen Ziel es ist, Russland wieder aufzubauen, seine Sicherheit zu gewährleisten und seinen Status als Macht wiederzuerlangen.

## Lebenswichtige Bereiche bleiben in Russland unter staatlicher Kontrolle

In anderen Bereichen, insbesondere im wirtschaftlichen und strategischen Bereich, behält der russische Staat die Kontrolle über seine lebenswichtigen Bereiche. Die Unternehmen, die u. a. die Kohlenwasserstoffe, die Luft- und Raumfahrtindustrie und die Infrastruktur kontrollieren, sind in staatlichem Besitz. Dieser etatistische Trend hat sich mit den Sanktionen wegen der Krim im Jahr 2014 verstärkt und hat mit den brutalen Sanktionen, die durch den Krieg in der Ukraine verhängt wurden, einen enormen Auftrieb erhalten. Interessanterweise belebt die Flut atlantischer Sanktionen sowjetische Wirtschaftsmodelle wieder, um die wirtschaftliche Unabhängigkeit Russlands zu fördern. Im übrigen verkündete Putin am 18. April, dass der wirtschaftliche «Blitzkrieg» gegen Russland gescheitert sei und eine neue industrielle Ära beginne.

## Dogmenfreie Welt der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit SOZ

Russland und China haben sich nicht aus ideologischen Gründen verbündet, sondern aus geopolitischen, energiepolitischen, han-

delspolitischen und strategischen Gründen. Aus ähnlichen Gründen wurde die im Westen fast unbekannt *Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ)* im Juni 2001 gegründet und ist der lebendigste Ausdruck dieses pluralistischen 21. Jahrhunderts.

Die SOZ vereint eine Vielzahl von Ländern und Regierungen: China, Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Tadschikistan, Usbekistan, Indien, Pakistan und ab September 2022 auch den Iran. China weist darauf hin, dass «die SOZ den Grundsatz der Blockfreiheit verfolgt und ihre Aktivitäten nicht gegen ein anderes Land oder eine andere Organisation richtet. Sie versucht nicht, die Welt in verschiedene Lager zu spalten oder ideologische Vorurteile oder Hass gegen Dritte zu schüren». Die SOZ könnte ein Vorgeschmack auf die multipolare, dogmenfreie Welt sein, die im Entstehen begriffen ist. In der SOZ existieren marxistische, sozialdemokratische, islamische, nationalistische und undefinierte Ideen nebeneinander, getragen von dem Wunsch, ein Forum für einen gleichberechtigten Dialog zu haben.

## Wichtige Foren ohne USA und Europa

Zu der SOZ sollte das BRICS-Forum (Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika) und das RIC-Format (Russland, Indien, China) hinzugefügt werden, um eine bessere Vorstellung davon zu bekommen, was in Foren ohne US-amerikanische oder europäische Präsenz existiert und sich bewegt, Foren, die jedoch Länder zusammenbringen, die 50% der Weltbevölkerung und 30% des BIP der Welt repräsentieren. Von diesen drei Foren aus haben die nicht-westlichen Länder an der Schaffung einer multipolaren Ordnung gearbeitet.

Den SOZ-Ländern gegenüber stehen die USA und ihre Nato-Partner, die entschlossen sind, ein Weltsystem aufrechtzuerhalten, das auf der maritimen und militärischen Hegemonie der USA beruht. Um dieses Ziel zu erreichen, arbeiten die USA seit Jahren daran, ein Netz von Militärbündnissen aufzubauen, das es ihnen ermöglicht, ihre Hegemonie zum Nachteil Chinas, Russlands und des Iran durchzusetzen. Nahezu die gesamte Aussenpolitik der USA von 2014 bis heute, mit besonderem Nachdruck seit 2018, zielt darauf ab, eine militärische Mauer um Russland und China zu errichten. Gegen Russland hat sie die Nato und gegen China die Achse USA-Japan-Australien, mit kleineren Partnern wie Grossbritannien, Südkorea und den Philippinen (wobei die Philippinen zweifelhaft sind). Gegen den Iran hat sie die Achse Saudi-Arabien-Israel gefördert, die mehr Widerhaken hat als nur einen Stachel, denn niemand weiss, was wirklich passieren würde, wenn Israel wieder gegen den Islam in den Krieg ziehen würde.

## Atlantikfront der USA und Umzingelung Chinas

Es ist die kriegerische Reaktion der USA auf die Bemühungen der eurasischen Mächte um ein neues Modell der internationalen Gesellschaft, die zu der Situation geführt hat, die

wir heute erleben. Wer versucht, die Situation in der Ukraine ohne diesen Rahmen zu interpretieren oder zu verstehen, wird nicht verstehen, was auf dem Spiel steht. Der Krieg in der Ukraine ist eine Reaktion auf den Plan der USA und der Nato, Russland einzukreisen und in seinem Hoheitsgebiet zu ersticken, was wir als Atlantikfront der USA bezeichnet haben. Inzwischen ist bekannt, dass die USA mehr als 500 Millionen Dollar in die Ausbildung der ukrainischen Armee als atlantische Streitkraft gegen Russland investiert haben.

Ein gefährlicherer Prozess wird von den USA gegen China verfolgt, mit der Aufrüstung Japans und der ständigen Lieferung von Waffen an Taiwan sowie der Aufrechterhaltung einer ständigen Marinepräsenz vor China. So sehr, dass China kritisierte, dass die USA im Jahr 2021 mehr als 100 Militärmänner im Chinesischen Meer durchgeführt haben, d. h. durchschnittlich neun Militärmänner pro Monat. Die US-Militärdoktrin sieht vor, im Falle eines Konflikts eine maritime Umzingelung gegen China zu errichten (ähnlich der militärischen Umzingelung, die die Nato gegen Russland errichtet), um die chinesische Wirtschaft so stark wie möglich zu beschädigen (noch radikaler als die Strategie der Nato gegen die russische Wirtschaft). All dies kann in offiziellen US-Dokumenten nachgelesen werden. China hat darauf mit dem Aufbau einer Marine von 350 Schiffen reagiert, der leistungsstärksten der Welt, und plant, diese bis 2030 auf mehr als 400 Schiffe zu erweitern.

## Die Mehrheit der Linken ist dem 20. Jahrhundert verhaftet

Angesichts der Realitäten der heutigen Welt gibt es keine klaren Vorstellungen der Linken, denn es ist eine Welt, die uns vor völlig neue Herausforderungen stellt, die sich von dem Rahmen, der mit der bolschewistischen Revolution und dem Kalten Krieg geschaffen wurde, völlig unterscheidet. Klare Vorstellungen gibt es vor allem deshalb nicht, weil die Mehrheit der Linken dem 20. Jahrhundert verhaftet ist und aus dieser Verankerung in der Vergangenheit heraus Probleme hat, sich mit der Gegenwart auseinanderzusetzen.

Die Krise in der Ukraine ist in diesem Sinne ein Test. Nicht wenige haben die russische Invasion als die eines «imperialistischen» Landes des 20. Jahrhunderts gegen einen armen «natürlichen Bruder» Afghanistans verstanden. Eine vereinfachende und unglückliche Sichtweise, die eine geopolitische Episode des 21. Jahrhunderts mit den Parametern des 20. Jahrhunderts erklären will. Wir haben den Krieg in der Ukraine den ersten geopolitischen Krieg des 21. Jahrhunderts genannt, weil wir ihn als solchen verstehen. Russland versucht nicht, Mineralien, Energieressourcen oder ähnliches an sich zu reissen. Russland strebt nach Sicherheit, und zwar im Sinne des ältesten Verständnisses dieses Begriffs. Sicherheit vor dem Eindringen der Nato in seine Grenzen; Sicherheit vor der Bedrohung durch eine atlantisch orientierte Ukraine; Sicherheit davor, zu einem Atomangriff gezwungen zu werden. Russland hat dreissig Jahre lang Sicherheitsgarantien gefordert, die ihm stets verweigert wurden. Was bekannt war, ist eingetreten. Wenn die Nato keine Sicherheitsgarantien geben würde, würde Russland sie sich nehmen. Ein Krieg hätte vermieden werden können, aber die Nato wollte das nicht.

(Wenn Sie wegen der Ukraine Zweifel haben, sollten Sie die Möglichkeit in Betracht ziehen, dass die Ukraine ein Land ist, das von einer Allianz zwischen der korrupten herrschenden Kaste und den USA als Geisel gehalten wird – etwas, das wir in Lateinamerika nur allzu gut kennen – und dass die wirkliche Befreiung dieses Landes darin bestehen würde, einen neutralen Status anzunehmen und sich zu entmilitarisieren. Sie würde nichts verlieren: sie würde gewinnen. Österreich und Finnland haben sich neutral verhalten und sehr gut abgeschnitten. Der Verzicht auf Rüstungsausgaben hat den grossen Vorteil, dass das Geld für soziale Investitionen und Entwicklung ausgegeben werden kann. Gewehre oder Butter. Und

Fortsetzung auf Seite 6



# Der kommende Herbst und Winter in Deutschland

## Wie umgehen mit dem hausgemachten Energiedebakel

von Karl-Jürgen Müller

Die deutschen Machteliten erinnern derzeit in zwei wichtigen Charakteristika an das Ancien Régime vor der Französischen und die Zarenherrschaft vor der Russischen Revolution: Hochmut und Realitätsverweigerung. Das kann nicht im Sinne der Bürger des Landes sein. Für den Herbst des Jahres werden Proteste erwartet.

Deutschland steht nicht vor einer «Revolution». Aber schon jetzt warnen verschiedene deutsche Politiker<sup>1</sup>, Verfassungsschutzämter der Bundesländer<sup>2</sup> und «Wissenschaftler» aus regierungsnahen Stiftungen<sup>3</sup> davor, die anhaltende Inflation bei vielen Produkten des täglichen Lebens, die enormen Preissteigerungen bei Gas und Strom und die zu erwartenden weitergehenden Folgen des Energiemangels würden sehr wahrscheinlich zu einem heissen Herbst mit massiven Protesten führen. Umfragen (siehe Kasten) sprechen in der Tat von einer grossen Protestbereitschaft. Die deutschen Machteliten steuern schon jetzt öffentlich dagegen. Sie behaupten: Die kommenden Proteste würden von «rechtspopulistischen» und «rechtsextremen» Kräften für staatsfeindliche Ziele missbraucht. Das sollte die Schublade sein, um reagieren zu können: sehr wahrscheinlich nicht auf die feine und dialogbereite Art.

Nachdem nun aber auch ein prominenter ostdeutscher Bundestagsabgeordneter der Partei *Die Linke* zu Protesten aufgerufen hat, verliert die Zuordnung in Richtung «rechts» an Argumentationskraft. Die nun aktuelle Parole scheint zu lauten: die Möglichkeit bedeutender Proteste klein- und am besten gar nicht darüber reden (siehe Kasten). «Sicherheitsexperten» werden zitiert – so im *Spiegel* vom 20. August 2022 –, die genau dies empfehlen.

### Der Unmut der Bürger ist berechtigt

Was kann man in dieser Situation tun?

Sollte es im kommenden Herbst und Winter in Deutschland tatsächlich zu politisch bedeutsamen Protesten kommen, so wäre der Unmut, der solchen Protesten zugrunde liegt, sehr berechtigt. Denn anders als die deutsche Regierung, die alles tut, um die enormen Inflations-, Energiepreis- und Energiemengenprobleme auf Russland abzuwälzen – erneut wieder in einer Pressemitteilung vom 4. August zur für den 1. Oktober 2022 beschlossenen sogenannten Gasumlage für alle Gaskunden<sup>4</sup> –, erkennen viele Bürgerinnen und Bürger, dass die genannten Probleme weitgehend hausgemacht bzw. dem Kniefall vor dem «Bündnispartner» USA geschuldet sind.

Der zu erwartende Gasmangel<sup>5</sup> sowie die schon jetzt exorbitant gestiegenen und weiter steigenden Gas- und Strompreise sind unter anderem das Resultat deutscher und EU-europäischer Energie- und Energiepreispolitik der vergangenen Jahre. Hinzu kommt

### Demonstrieren gegen hohe Energiepreise? – Was ist Dichtung? Was ist Wahrheit?

«Fast jeder zweite Bundesbürger will wegen der hohen Energiepreise auf die Strasse gehen, wenn es zu Demonstrationen kommt. Laut einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts INSA sagten 44 Prozent aller Befragten, sie würden «sicher oder mit grosser Wahrscheinlichkeit an Demonstrationen gegen die hohen Energiepreise teilnehmen». [...] Von allen Befragten insgesamt lehnen allerdings auch 50 Prozent eine Demonstration ab. [...]»

In anderen Ländern haben die Proteste gegen die steigenden Preise für Lebensmittel und Energie bereits begonnen. Zuletzt kam es in Frankreich zu Auseinandersetzungen zwi-

schen Polizei und Demonstranten aus dem Umfeld der Gelbwesten. [...]

In den Niederlanden protestieren Bauern seit Wochen gegen die Regierung, immer wieder kommt es zu gewalttätigen Zusammenstössen mit der Polizei. Die Behörden greifen hart durch. [...]

Mittlerweile haben sich auch Landwirte in Spanien, Italien und Polen den Massenprotesten angeschlossen. [...]

In Italien blockierten Bauern kürzlich den Verkehr in Mailand mit einem Traktoren-Konvoi. Auch in weiteren italienischen Städten sowie der Hauptstadt Rom gingen die Menschen auf die Strasse. «Wir sind keine Sklaven, wir sind Land-

wirte», skandierten die Demonstranten. Viele italienische Landwirte sind in Existenznöten.»

[www.berliner-zeitung.de](http://www.berliner-zeitung.de) vom 20.7.2022

«Darum, dass Deutschland wirklich eine Eskalation infolge der Energiekrise und der damit verbundenen steigenden Preise bevorstehen könnten, Sorge sich Scholz vorerst nicht: «Ich glaube nicht, dass es in diesem Land zu Unruhen [...] kommen wird, und zwar deshalb, weil Deutschland ein Sozialstaat ist», sagte der Kanzler. «Dieser Sozialstaat muss in dieser Situation wirksam sein, indem er klar sagt, dass wir niemanden alleine lassen werden.»»

[www.fr.de](http://www.fr.de) vom 11.8.2022

die deutsche und EU-europäische Sanktionspolitik gegen Russland. Einen lesenswerten Artikel hierzu hat *Jens Berger* von den deutschen *Nachdenkseiten* verfasst.<sup>6</sup> Aber auch auf der Internetseite des in Russland lebenden Deutschen *Thomas Röper* (*Anti-Spiegel*) finden sich einige Artikel, die wichtige Tatsachen und gut nachvollziehbare Argumente auflisten.<sup>7</sup> Auch offizielle russische Stellungnahmen zum Thema wie die der russischen Botschaft in Berlin sollten nicht gleich als Propaganda abgetan werden.<sup>8</sup> Nicht zuletzt erkennen auch einige Verantwortliche in EU-Staaten, nicht nur in Ungarn<sup>9</sup>, sondern auch Politiker aus Ostdeutschland wie der sächsische Ministerpräsident *Michael Kretschmer*<sup>10</sup>, dass die jetzige Sanktionspolitik eine Sackgasse ist, mit der sich vor allem die EU-Staaten selbst schweren Schaden zufügen. Selbst deutsche Fernsehmagazine wie das Wirtschaftsmagazin *Plusminus* haben Sendungen ausgestrahlt, welche die Behauptung, an der ganzen Misere bei Strom und Gas sei einzig und allein Russland schuld, in Frage stellen: Deutschland beliefert zum Beispiel trotz zu wenig gefüllter Gasspeicher einige EU-Staaten mit sehr viel Strom, der in deutschen Gaskraftwerken produziert wird.<sup>11</sup>

Deshalb wäre es nur verständlich, sogar wünschenswert, wenn Millionen von Deutschen im kommenden Herbst ihre Meinung öffentlich äussern. Nicht nur gegen die massiven finanziellen Belastungen protestieren, sondern auch zum Ausdruck bringen, was viele von ihnen wollen: eine Beendigung des Krieges in der Ukraine so schnell wie möglich; ein sofortiges Ende aller Kriegsverbrechen dort; ein Ende deutscher Waffenlieferungen an die Ukraine; deutschen Druck auf die Regierung der Ukraine, ernsthafte Verhandlungen mit Russland wieder aufzunehmen; eine Friedenslösung, die die Sicherheitsinteressen aller europäischen Länder, auch diejenigen Russlands, beachtet; ein Ende der deutschen Sanktionen gegen Russland; eine Öffnung von *Nord Stream 2*, damit so schnell wie möglich

ausreichend viel Gas nach Deutschland und Europa fliessen kann.<sup>12</sup>

### Politischer Realismus und politische Ethik

Denjenigen, die protestieren werden, ist politischer Realismus zu wünschen. Ist zu erwarten, dass die deutschen Machteliten auf die Forderungen der Bürger eingehen werden? Kurzfristig wohl kaum! Ist der Protest deshalb sinnlos? Das ist er nicht! Wenn der Protest mehr ist als ein «Event», ein «Happening», eine Versammlung von «Wutbürgern»; wenn ihm intensives Nachdenken und gründliche Diskussionen vorausgehen, wenn die Proteste selbst vom aufrechten Gang und von ernsthafter Auseinandersetzung zeugen, von einer Orientierung am Gemeinwohl, dann können sie auch auf die Bürger ausstrahlen, die bislang noch abseits stehen.

Selbstverständlich ist damit zu rechnen, dass Proteste missbraucht werden: von politischen Hasardeuren, aber auch von den Machteliten und ihren Diensten. Dies wird jedoch um so weniger greifen, je mehr sich jeder, der mit einem ehrlichen Anliegen an solchen Protesten teilnimmt, seiner Verantwortung bewusst ist. Die Erfahrungen vieler Jahre haben gezeigt, dass es viele Formen gelungener Proteste gibt, dass sich Menschen gegen eine überbordende Machtpolitik erfolgreich wehren können. Mit dem Verantwortungsbewusstsein und dem Gemeinschaftsgefühl wächst auch die Kreativität. Deutschland hat eine andere Politik verdient – und es ist dem Land zu wünschen, dass die Bürger des Landes ihre Geschicke mehr in die eigenen Hände nehmen. Damit es dem Land in absehbarer Zeit wieder besser gehen kann.

<sup>1</sup> zum Beispiel: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/faeser-warn-t-vor-protesten-wegen-hoher-energiepreise-18179489.html#void> vom 17.7.2022; in einem Beitrag vom 9.8.2022 hat die deutsche Innenministerin *Faeser* (SPD) ihre Aussagen vom Juli allerdings relativiert: <https://www.nau.ch/news/europa/innenministerin-faeser-glaube-nicht->

<https://www.ardmediathek.de/video/plusminus/teurer-strom-wieso-kraftwerksbetreiber-gerade-kein-gas-sparen/das-erste/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RILmRIL3BsdXNtaW51cy81ZW11NGFIZi1mN-TYwLTRhOTYiYTFhZC02ZmJzZjZmY4MWE> vom 20.7.2022

<sup>2</sup> zum Beispiel: <https://www.deutschlandfunk.de/brandenburgs-verfassungsschutz-warn-t-vor-extremisten-100.html> vom 6.8.2022

<sup>3</sup> zum Beispiel: <https://www.deutschlandfunk.de/interview-mit-dieter-rucht-protestforscher-zu-droht-ein-heisser-herbst-dlf-b56e1536-100.html> vom 10.8.2022

<sup>4</sup> <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/klimaschutz/gaspreisanpassung-umlage-2068832> vom 4.8.2022

<sup>5</sup> vgl. hierzu <https://www.nachdenkseiten.de/?p=86817> vom 11.8.2022

<sup>6</sup> <https://www.nachdenkseiten.de/?p=86619> vom 5.8.2022

<sup>7</sup> zum Beispiel: <https://www.anti-spiegel.ru/2022/der-medienhype-um-die-selbst-verursachte-gas-krise/> vom 26.7.2022 oder <https://www.anti-spiegel.ru/2022/kosten-hintergruende-profiteure-was-bedeutet-die-gasumlage/> vom 9.8.2022

<sup>8</sup> <https://russische-botschaft.ru/de/2022/08/11/kommentar-der-botschaft-zu-gaslieferungen-aus-russland/> vom 11.8.2022

<sup>9</sup> <https://www.berliner-zeitung.de/news/viktor-orban-eu-hat-sich-mit-russland-sanktionen-in-die-eigene-lunge-geschossen-li.247156> vom 15.7.2022

<sup>10</sup> <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-07/michael-kretschmer-ukraine-sanktionen-inflation> vom 27.7.2022

<sup>11</sup> <https://www.ardmediathek.de/video/plusminus/teurer-strom-wieso-kraftwerksbetreiber-gerade-kein-gas-sparen/das-erste/Y3JpZDovL2Rhc2Vyc3RILmRIL3BsdXNtaW51cy81ZW11NGFIZi1mN-TYwLTRhOTYiYTFhZC02ZmJzZjZmY4MWE> vom 20.7.2022

<sup>12</sup> Aktuelle Umfragewerte des Forschungsinstituts *Forsa* besagen, dass ein grosser Teil der Befragten in Deutschland für eine Öffnung von *Nord Stream 2* plädiert. Allerdings schwanken die verschiedenen vorliegenden Zahlen zwischen 39 und 63 Prozent für eine solche Öffnung. Wer allerdings wie der FDP-Politiker *Wolfgang Kubicki* oder die Linken-Politikerin *Sarah Wagenknecht* öffentlich für eine Öffnung von *Nord Stream 2* eintritt, wird an den Medienpranger gestellt.

### «Multipolarität versus ...»

Fortsetzung von Seite 5

man darf nicht vergessen, dass es im Interesse der USA ist, den Krieg zu verlängern. Im Interesse Europas nicht: Es ist dann eine Ruine.)

### Washington hat Blut geleckt

Auf gleiche Art sind die USA bestrebt, Chinas Sicherheit zu untergraben, und drängen das Land durch ihre Haltung zum Krieg. Aus diesem Grund hat China den grössten Militärhaushalt seiner Geschichte bewilligt, um dem Vorhaben der USA entgegenzutreten, eine pazifische Front aufzubauen, die es ihnen ermöglichen soll, China zu überrollen und zu ruinieren. Damit wollen wir darauf hinweisen, dass es einen US-Plan für globale Hegemonie gibt, der sich von Alaska bis zum Indischen Ozean, vom Nahen Osten bis zum Arktischen Ozean erstreckt, und dass die EU/Nato diesem Plan für weltweite Hegemonie voll und ganz verpflichtet ist.

Falls jemand an dem, was wir hier geschrieben haben, zweifelt, sei auf folgenden Absatz aus der «Global Times» der Kommunistischen Partei Chinas mit dem Titel «Washington's geopolitical appetite has been

growing», veröffentlicht in ihrer Ausgabe vom 18. April 2022, verwiesen.

«Noch gefährlicher ist, dass Washington, das in der Ukraine-Krise Blut geleckt hat, diesen Ansatz weltweit anwenden will. Die Menschen sehen, dass Washington versucht, das Maximum an Profit aus dem Russland-Ukraine-Konflikt zu ziehen, indem es ihn mit der Situation im indopazifischen Raum verknüpft. Einerseits lassen die Vereinigten Staaten die Nato offensiv nach Osten blicken. Auf der anderen Seite bemühen sie sich nach Kräften, im asiatisch-pazifischen Raum hohe Wellen zu schlagen. Die USA haben zum ersten Mal die Aussenminister Japans und Südkoreas zu Nato-Aussenministertreffen eingeladen, versucht, Japan in das AUKUS (Militärbündnis Australien, United Kingdom, USA von 2021) einzubinden, und ihre politische Manipulation der Taiwan-Frage intensiviert. Durch seine extremen geopolitischen Spielchen wird Washington immer mehr zur Quelle von Chaos und Kriegen, etwas, vor dem wir uns alle in acht nehmen und das wir vermeiden müssen.»

### Linke wohin?

Wie soll sich die Linke angesichts eines solchen Plans positionieren? Nato ja? Krieg

auch gegen China? Angesichts der Tatsache, dass die EU/Nato zugestimmt hat, sich aktiv in die Hegemonialpolitik der USA zu integrieren, sehen alle tatenlos zu? Niemand, der Regierungen zur Rede stellt und zur Verantwortung zieht für eine Politik, die uns direkt in einen schrecklichen globalen Konflikt führen könnte? Soll Europa für die USA sterben? Versteht überhaupt jemand dort im linken Universum, was geschieht und was auf dem Spiel steht? Oder ist es einfacher, sich der Herde anzuschliessen und es Putin, dem bösen Russland, heimzuzahlen, die Russen zu töten – und für uns brave kleine Jungs, die Parolen aus dem Pentagon wie Papageien nachzuplappern? Das, mehr nicht? Die Welt für einen überholten und unmöglichen imperialen Traum sterben zu lassen, der zum dritten Weltkrieg führt? Niemand für eine neue europäische – nicht amerikanische – Sicherheitsordnung? Oder alle Diener von *Uncle Sam*, die Stars und Stripes schwenken?

Sonst nichts?

Quelle: <https://blogs.publico.es/otrasmiradas/58947/multipolaridad-vs-neoimperialismo-y-la-izquierda-extraviada/> vom 21.4.2022

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

## Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung,

Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung

des Völkerrechts, der Menschenrechte

und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft *Zeit-Fragen*

Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:

*Zeit-Fragen*, Postfach 247

CH-9602 Bazenhaid

E-Mail: [redaktion@zeit-fragen.ch](mailto:redaktion@zeit-fragen.ch)

[abo@zeit-fragen.ch](mailto:abo@zeit-fragen.ch)

Internet: [www.zeit-fragen.ch](http://www.zeit-fragen.ch)

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG

Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.

CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1STW

IBAN DE18 6406 1854 0067 517005

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVGAT2B

IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2022 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft *Zeit-Fragen*. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle *Zeit-Fragen*, Bazenhaid.



# «Soweit ich es erkennen kann ...»

## Über den Wahrheitsgehalt der Berichterstattung westlicher Medien beim Ukraine-Konflikt – eine kritische Analyse

von Patrick Lawrence



(Bild zvg)

Patrick Lawrence, langjähriger Auslands-korrespondent, vor allem für die «International Herald Tribune», ist Kolumnist, Essayist, Autor und Dozent. Sein jüngstes Buch ist «Time No Longer: Amerikaner nach dem amerikanischen Jahrhundert». Auf Twitter fand man ihn bei @thefloutist, bis er ohne Begründung zensuriert wurde. Seine Webseite lautet patricklawrence.us. Unterstützen Sie seine Arbeit über [patrion.com/thefloutist](http://patrion.com/thefloutist).

*Soweit ich es erkennen kann, verlieren die Streitkräfte der Ukraine ihren Krieg gegen die russische Intervention. Soweit ich es erkennen kann, haben die ukrainischen Streitkräfte (AFU) den Krieg mehr oder weniger von Beginn der Feindseligkeiten am 24. Februar an verloren. Soweit ich es erkennen kann, steuern die ukrainischen Streitkräfte mit immer grösserer Dynamik auf eine entscheidende Niederlage zu. Soweit ich das beurteilen kann, werden sie immer verzweifelter, je deutlicher dieses Ergebnis wird, und ihr Verhalten wird immer verwerflicher.*

Ich sollte meine Sätze zu diesem Thema nicht mit «soweit ich es erkennen kann» beginnen müssen. Aber soweit ich es erkennen kann, muss ich das tun – wie alle, die sich bemühen, die Ereignisse in der Ukraine so zu verstehen, wie sie sind.

### Ukraine-Konflikt: Irreparabler Schaden bei Medien und im öffentlichen Diskurs

Wenn der Ukraine-Konflikt die Welt in eine geopolitische Krise gestürzt hat, so ist dies meiner Meinung nach nicht die einzige Krise, die er ausgelöst hat. Die amerikanischen Medien befanden sich bereits in einer Krise, lange bevor russische Truppen und Artillerie die Ostgrenze der Ukraine überschritten. Aber der Krieg, der seitdem ausgebrochen ist, hat unseren Zeitungen und Sendern einen Schaden zugefügt, den ich für irreparabel halte.

Ähnlich verhält es sich mit unserem öffentlichen Diskurs insgesamt. Die Menge an verdorbenem Unrat, die jetzt auf Amerikas Dorfanger liegt, versetzt diejenigen, die noch durch ihn hindurchgehen, in einen Zustand «verwirrender Desorientierung» – ein Ausdruck, den ich gerade in einem Beitrag des geschätzten Alistair Crooke gelesen habe.<sup>1</sup> Der Optimist in mir besteht darauf, dass es zumindest eine Chance gibt, diesen Schaden rückgängig zu machen – das Medienproblem ist jedoch von anderer Art.

Der britische Diplomat im Ruhestand und Gründer des Conflict Forum in Beirut kommentierte einen bemerkenswert unverblühten Meinungsartikel in der Ausgabe des «Daily Telegraph» vom 1. August, in dem es heisst, dass die westlichen Post-Demokratien (mein Begriff) heute von einer Elite regiert werden, die sich von der realen Welt abgekoppelt hat.<sup>2</sup>

### «Desinformations-Etiketten»

«Ja», antwortet Crooke, «die westliche Sphäre ist durch den ständigen Regen von Desinformations-Etiketten, die wahllos auf alles geklebt werden, was kritisch gegenüber der «einheitlichen Botschaft» ist, und durch unverschämte, offensichtliche Lügen so anfällig für eine verwirrende Desorientierung (wie beabsichtigt) geworden, dass eine Mehrheit in der westlichen Welt begonnen hat, ihren eigenen Grad an Vernunft und den der Umgebung in Frage zu stellen.»

Ich kann die von Crooke und dem «Telegraph»-Mitarbeiter beschriebene katastrophale Situation nur mit der sich beschleunigenden Spirale vergleichen, die wir in un-

«Ich kann einfach den Beruf nicht wiedererkennen, den ich zu meinem gemacht hatte, als er noch der Mühe, der Hingabe, des gelegentlichen Herzscherzes und all der anderen Dinge wert war, die er denjenigen abverlangte, die ihn ausübten.»

seren Medien und in unserem öffentlichen Raum beobachten, seit die Ukraine-Krise in einen offenen Konflikt ausgeartet ist. Mir schwirrt tatsächlich der Kopf angesichts des Spektakels der Medienberichterstattung und des Ausmasses, in dem sie die Leser und Zuschauer versucht hat zu verdummen.

### Bericht von Amnesty International ...

Betrachten wir ein paar der vielen wichtigen Ereignisse der letzten Woche.

Am Donnerstag, den 4. August, veröffentlichte Amnesty International (AI) einen Bericht mit der Überschrift «Ukrainische Kampf-taktiken gefährden Zivilisten».<sup>3</sup> Hier sind die wichtigsten Absätze des Berichts. Ich werde ausführlich zitieren, um den Verdacht zu vermeiden, dass ich mich auf das Spiel «aus dem Zusammenhang gerissen» einlasse:

«Die ukrainischen Streitkräfte haben Zivilisten in Gefahr gebracht, indem sie bei der Abwehr der im Februar begonnenen russischen Invasion Stützpunkte und Waffensysteme in bewohnten Wohngebieten, darunter auch in Schulen und Krankenhäusern, errichtet haben», so Amnesty International heute.

Solche Taktiken verstossen gegen das Humanitäre Völkerrecht und gefährden die Zivilbevölkerung, da sie zivile Objekte zu militärischen Zielen machen. Die darauffolgenden russischen Angriffe auf bewohnte Gebiete haben Zivilisten getötet und die zivile Infrastruktur zerstört.

«Wir haben dokumentiert, dass die ukrainischen Streitkräfte Zivilisten in Gefahr bringen und gegen das Kriegsrecht verstossen, wenn sie in bewohnten Gebieten operieren», sagte Agnès Callamard, Generalsekretärin von Amnesty International.

Dass sie sich in einer Verteidigungsposition befinden, entbindet das ukrainische Militär nicht von der Einhaltung des Humanitären Völkerrechts.»

Dokumentiert: AI verfügt über Dokumente, die diese Behauptungen belegen. Wie in dieser einleitenden Passage deutlich wird, verurteilt der Bericht auch einige der Taktiken, die das russische Militär in der Ukraine anwendet. Ich habe den Eindruck, dass man sich bewusst um Ausgewogenheit bemüht.

### ... und die tobende Reaktion westlicher Kommentatoren

Zu sagen, Amnesty habe in der Kapelle gerülpst, wäre noch zu milde ausgedrückt. Westliche Kommentatoren und natürlich auch ukrainische Beamte tobten. Dieser Bericht sei ein skandalöser Verstoss, war zu lesen. Die Leiterin des Kiewer AI-Büros trat zurück und erklärte: «Diese Untersuchung wurde zu einem Werkzeug der russischen Propaganda.» Gary Kasparow, Vorsitzender der Human Rights Foundation, meldete sich freundlich zu Wort: «Amnesty International kann für diesen Müll zur Hölle fahren.» Im Schach war Gary besser.

Der Höhepunkt war die Reaktion von AI auf den Aufruf am 7. August. «Amnesty International bedauert zutiefst den Ärger und die Wut, die unsere Pressemitteilung über die Kampf-taktiken des ukrainischen Militärs ausgelöst hat», hiess es in einer E-Mail an Reuters.

Was haben wir hier, und was haben wir nicht?

Wir haben keine Entschuldigung von AI – nahe dran, aber nicht ganz. Wir haben auch keine Art von Widerruf. Und wir haben auch keine substantielle Widerlegung des AI-Berichts. Niemand hat das auch nur annähernd getan.

Wir haben mehr oder weniger offene Aussagen, dass eine Organisation, die im öffentlichen Raum tätig ist, gesündigt hat, wenn sie mit einem gewissen Anschein von Uneigennützigkeit gehandelt hat, die eine intakte Gesellschaft von solchen Organisationen verlangt.

Die meisten Nichtregierungsorganisationen wie AI – Human Rights Watch ist ein weiteres prominentes Beispiel – haben diesen Grundsatz schon vor langer Zeit im Dienste der Stärkung westlicher Rechtgläubigkeit aufgegeben. So sieht die Verschandelung unseres Gemeinguts aus. Gleichzeitig scheint es in diesen Organisationen beträchtliche Meinungsverschiedenheiten zu geben, wobei die Kluft ungefähr zwischen den Mitarbeitern vor Ort und den auf ideologische Konformität bedachten Managern der Führungsebene verläuft. Ich betrachte dies als einen Faktor im vorliegenden Fall.

### Schleichender Verfall des öffentlichen Lebens

Der Schock über die Vorwürfe, die gegen AI erhoben wurden, rührt daher, dass Amnesty International trotz interner Meinungsverschiedenheiten genauso kompromittiert ist wie die meisten anderen westlichen Nichtregierungsorganisationen und sich auch entsprechend verhält. Es war völlig unangemessen, sein Bedauern darüber zum Ausdruck zu bringen, dass es die Menschen wütend und gestresst gemacht hat, während die Organisation ausnahmsweise ihre eigentliche Arbeit gemacht hat – aus meiner Sicht ein Zeichen für den schleichenden Verfall unseres öffentlichen Lebens.

Es kommt noch schlimmer. Im Anschluss an die Wir-bedauern-dass-wir-Sie-verärgert-haben-Notiz von AI kündigte die Organisation eine Untersuchung des Berichts an, um herauszufinden, «was falsch gelaufen ist». Unverzeihlich.

Ein weiterer interessanter Punkt in diesem Zusammenhang. Der AI-Bericht bestätigt, was die Aufmerksamen unter uns seit Beginn der Feindseligkeiten gelesen haben: Die AFU hat in der Tat auf zynische Weise zivile Orte und deren Bewohner als Schutzschilde benutzt. Alles, was wir in den Berichten unserer Konzernmedien gelesen haben, sind die unaufhörlichen Dementis der Ukrainer.

### CBS über illegale Waffenverkäufe ...

Ich komme zum Fall CBS [eines der grössten Hörfunk- und TV-Netzwerke der USA] und seinem Bericht vom Freitag, dem 5. August, dass etwa 70 Prozent der Waffen und des Materials, die die USA und ihre europäischen Verbündeten in die Ukraine schicken, die AFU nie erreichen. Wir können davon ausgehen, dass sie in einen riesigen Schwarzmarkt für illegale Waffenverkäufe abgezweigt werden.

Mit Sicherheit ist davon auszugehen: Seit kurz nach dem Staatsstreich von 2014 habe ich aus zuverlässigen Kiewer Quellen und von internationalen Geschäftsleuten mit Interessen in der Ukraine erfahren, dass die Ukraine, die laut Transparency International zu den korruptesten Ländern der Welt gehört, der mit Abstand grösste illegale Waffenmarkt der Welt ist. Eine Reihe amerikanischer Abgeordneter, insbesondere Victoria Spartz, eine Republikanerin aus Indiana und die erste in der Ukraine geborene Abgeordnete, die in den Kongress gewählt wurde, fordert seit Monaten, dass die USA die Verteilung der Waffen, die sie über die polnische Grenze in die Ukraine liefern, überwachen.

CBS hat gute Arbeit geleistet und uns auf den neuesten Stand gebracht: Es ist das Chaos, das Spartz und andere seit Beginn des Waffenflusses vermutet haben. Der Sender hatte einige gute Quellen. Und schliesslich konnten wir schon seit vielen Monaten hier und da über dieses schmutzige Geschäft lesen.

### ... und seine «Aktualisierung»

Nein, protestierten hochrangige ukrainische Beamte auf den Vorschlag von Spartz – unhöflich und lautstark. Die Überwachung der Verteilung westlicher Waffen würde «eine weitere Ebene der Bürokratisierung» hinzufügen und so zu kritischen Verzögerungen bei

den Lieferungen führen. CBS wurde in etwa genauso behandelt wie AI. Es gab kein substantielles Bestreiten des Problems, sondern nur die Empörung darüber, dass der Sender darüber berichtet hatte, was er gefunden hatte, und damit der Sache einen schlechten Dienst erwiesen hatte.

Noch einmal, der bedauernswerte Teil: Am Sonntag, 7. August, löschte CBS den Beitrag und erklärte, es werde ihn überprüfen und zu einem späteren Zeitpunkt erneut veröffentlichen. In der Zwischenzeit hat CBS den Beitrag erneut veröffentlicht, nachdem er auf Grund von Beschwerden ukrainischer Beamter abgeschwächt worden war. Das nennt man heutzutage «aktualisieren».

Um es noch einmal deutlich zu machen: CBS hat die Behauptungen in dem Beitrag nicht zurückgenommen. Es hiess lediglich, dass die Dinge in letzter Zeit besser geworden seien – was das ukrainische Argument ist.

Ich kann einfach den Beruf nicht wiedererkennen, den ich zu meinem gemacht hatte, als er noch der Mühe, der Hingabe, des gelegentlichen Herzscherzes und all der anderen Dinge wert war, die er denjenigen abverlangte, die ihn ausübten.

### Portugal 1975 – Erfahrungen eines jungen Auslandskorrespondenten

Wo wir gerade dabei sind:

Mein erster Einsatz als Auslandskorrespondent war 1975 in Portugal, kurz nach der Nelkenrevolution, als eine Gruppe prinzipientreuer Offiziere die 50jährige Diktatur von Marcelo Caetano stürzte. Ich arbeitete für eine kleine unabhängige Wochenzeitung mit Büros in einem Loft am Union Square in Manhattan. Ich war jung, unerfahren und machte zuverlässig einen Fehler pro Tag.

Aber Lissabon war mein Klassenzimmer. Und eine der Lektionen, die ich mit nach Hause nahm, war, wie sich Korrespondenten in politischen Angelegenheiten verhalten sollten, wenn sie über andere berichten.

Alle Korrespondenten bringen ihre politischen Vorstellungen mit, so wie ich es in Portugal getan habe. Das ist eine natürliche Sache, eine gute Sache, eine Bestätigung ihres engagierten, bürgerlichen Selbst, die keineswegs zu bedauern ist. Die Aufgabe besteht darin, die eigenen politischen Vorstellungen mit der beruflichen Verantwortung in Einklang zu bringen, mit dem einzigartigen Platz, den Korrespondenten im öffentlichen Raum einnehmen. Man darf Journalismus und Aktivismus nicht verwechseln. Man tut sein Bestes, um seine Voreingenommenheit, seine politischen Neigungen, seine Vorurteile und was auch immer aus den Dossiers herauszuhalten, die man seiner Auslandsredaktion schickt. Das erfordert Disziplin und geordnete Prioritäten.

### Im Dienst des Nationalen Sicherheitsstaates

Das bekommen wir von den westlichen Korrespondenten, die für die Mainstream-Medien über die Ukraine berichten, nicht geboten. Sie mögen den Fehler, Journalismus mit Aktivismus zu verwechseln, mit unabhängigen Publikationen in Verbindung bringen, und das ist auch gut so – bis zu einem gewissen Punkt. Das kommt vor. Die Wahrheit ist, dass fast alle Mainstream-Journalisten, die aus der Ukraine berichten, sich dessen schuldig gemacht haben – und ich bin nahe daran, mein «fast» zu streichen. Sie sind in Wirklichkeit Aktivisten für die Sache des amerikanischen Nationalen Sicherheitsstaates, dessen Kampagne gegen Russland und Washingtons aktuelle Bemühungen zur Verteidigung seiner Vormachtstellung.

### Mainstream-Korrespondenten damals ...

Ich habe über viele Jahre hinweg eine Untersuchung über die bemerkenswerten Auslandskorrespondenten der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts durchgeführt. Martha Gellhorn über den Spanischen Bürgerkrieg. Joe Liebling über den Zweiten Weltkrieg in Europa. Ernie Pyle, Donnerwetter. Bernard



Pro memoria

# «Das war zynisch, das war sicher nicht moralisch – aber es hat funktioniert»

## Wenn US-Geostrategen aus dem Nähkästlein plaudern

ts. Er gilt als einer der ganz Grossen im Nachrichtendienst. Er schulte Kommandeure der US-Streitkräfte, arbeitete für die *National Defense University* und die *RAND Corporation* in Fragen der Sicherheit und nationalen Verteidigung. 1996 gründete er die private «Intelligence Corporation» *Stratfor* in Austin, Texas, die sich mit Sicherheitsfragen, Geopolitik und strategischen Voraussagen befasst, so der Eintrag über *George Friedman* auf *Wikipedia*. Friedman, der einer jüdischen Familie entstammt, die den Holocaust überlebte, war 1949 aus Ungarn nach Wien geflohen, danach in die USA. Er studierte am *City College* der *City University of New York* und promovierte an der *Cornell University*, um anschliessend als Professor für Politikwissenschaft in Carlisle, Pennsylvania, zu lehren und zu forschen.

Bekannt wurde Friedmann durch unmissverständlich klare Aussagen zur Weltlage, die sich oft verstörend deutlich von propagandistisch Verschleierte unterscheiden. So auch die folgenden Aussagen zum Verhältnis USA–Russland, USA–Deutschland, Deutschland–Russland. Da sie zum Verständnis der heutigen Weltlage nicht unwesentlich sind, seien einige seiner Einschätzungen hier wiedergegeben. Sie entstammen einem Vortrag in Chicago vom Jahre 2015.

Friedman enthüllt darin, was «die Vereinigten Staaten seit Jahrhunderten[!] in Angst und Schrecken versetzt» habe: die Angst vor einem Zusammengehen von «deutscher

### Farbige Revolutionen, made in USA

ts. Freimütig gesteht *George Friedman*, wahrlich kein Freund Russlands oder dessen Präsidenten, in seinem Referat in Chicago etwas ein, wofür man in den westlichen Mainstream-Medien sofort als Verschwörungstheoretiker verunglimpft wird: dass die USA die farbigen Revolutionen in Osteuropa inszeniert hätten, um Russland zu schwächen.

O-Ton Friedman: «Die Vereinigten Staaten hatten eine Reihe von farbigen

Revolutionen in der gesamten russischen Peripherie inszeniert, eine davon in der Ukraine, die orangefarbene Revolution, und die Russen sahen in dieser orangefarbenen Revolution die Absicht der Amerikaner, die Russische Föderation zu zerstören. Warum sonst sollten die Vereinigten Staaten Gruppen unterstützen, die demonstrieren wollen, sagten sie.»

Quelle: [https://www.youtube.com/watch?v=QeLu\\_yyz3tc](https://www.youtube.com/watch?v=QeLu_yyz3tc) (ab 21:37)

Technologie und deutschem Kapital mit russischen natürlichen Ressourcen». Deswegen sei es das Ziel der USA, einen «Cordon Sanitaire» um Russland zu schaffen. «Russland weiss es. Russland glaubt, dass die Vereinigten Staaten beabsichtigen, die Russische Föderation zu zerschlagen.» Dabei wolle man die Russen «nicht umbringen, wir wollen euch nur ein bisschen wehtun». Und weiter: «Das primäre Interesse der Vereinigten Staaten, für das wir seit einem Jahrhundert Krieg geführt haben, waren die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland. Denn vereint sind sie die einzige Macht, die uns bedrohen könnte.» Die USA kontrollierten alle Ozeane der Welt wie keine Macht zuvor: «Deshalb können wir in andere Länder einmarschieren, und sie können nicht in uns einmarschieren; das ist eine sehr schöne

Sache.» Die Kontrolle über den Raum zu behalten, sei die Grundlage der US-Hegemonie. Die Briten hätten es vorgemacht: Um unangefochtene Seemacht zu bleiben, hätten sie es geschafft, «dafür zu sorgen, dass die Europäer sich gegenseitig an die Gurgel gehen». Balance of power hiess das dann euphemistisch in den Geschichtsbüchern. «Die Politik, die ich empfehlen würde, ist jene, die *Ronald Reagan* gegenüber dem Iran und dem Irak verfolgte: Er finanzierte beide Seiten, damit sie sich gegenseitig bekämpfen und nicht uns; das war zynisch, das war sicher nicht moralisch, aber es hat funktioniert, und das ist der Punkt, denn die Vereinigten Staaten können Eurasien nicht besetzen.»

Was die Ukraine betreffe, so Friedman in diesem Interview von 2015, bräuchten die

Russen «mindestens eine neutrale Ukraine, nicht eine prowestliche». Unklar sei noch, was die Deutschen tun würden. «Leider haben sich die Deutschen noch nicht entschieden, und das ist immer das Problem von Deutschland: enorm wirtschaftlich mächtig, geopolitisch aber sehr fragil.»

Sucht man Entsprechendes auf der offiziellen Webseite der Nato, findet man dort folgenden Eintrag, der Friedmans Ansichten stützt und nicht nur den angeblich geopolitisch so fragilen deutschen Bürgern zu denken geben müsste. Unter dem Titel «Lord Ismay» steht da, hier auf deutsch übersetzt: «*Lord Hastings Lionel Ismay* war der erste Generalsekretär der Nato, ein Amt, das er zunächst nur widerwillig annahm. Am Ende seiner Amtszeit war Ismay jedoch zum grössten Befürworter der Organisation geworden, von der er zu Beginn seiner politischen Laufbahn gesagt hatte, sie sei geschaffen worden, um «die Sowjetunion draussen, die Amerikaner drinnen und die Deutschen unten zu halten».»

Quellen:

[https://de.wikipedia.org/wiki/George\\_Friedman#cite\\_note-6](https://de.wikipedia.org/wiki/George_Friedman#cite_note-6)

[https://www.youtube.com/watch?v=QeLu\\_yyz3tc](https://www.youtube.com/watch?v=QeLu_yyz3tc) (Langversion Interview)

<https://www.youtube.com/watch?v=gcj8xN2UDKc> (Kurzversion Interview)

<https://worldview.stratfor.com/>

[https://www.nato.int/cps/en/natohq/declassified\\_137930.htm](https://www.nato.int/cps/en/natohq/declassified_137930.htm)

### «Soweit ich es erkennen kann ...»

Fortsetzung von Seite 7

Fall über die letzten Tage der Franzosen in Indochina.

Die besten Vietnam-Korrespondenten, die für die amerikanischen Tageszeitungen und Nachrichtenagenturen berichteten. Der unachahmliche *Wilfred Burchett*, der sich dadurch auszeichnete, dass er als einziger westlicher Korrespondent aus dem Norden über Vietnam berichtete.

Sie liefen hinter und entlang der Frontlinien hin und her, diese Leute. Sie hatten Dreck unter ihren Fingernägeln. Sie zeigten uns Karten mit vielen Pfeilen darauf. Sie berichteten über den täglichen Fortgang des Krieges mit den Namen unbekannter Städte in ihren Beiträgen.

Von den Mainstream-Korrespondenten in der Ukraine erfahren wir nichts davon. Warum eigentlich?

### ... und heute

Es wäre einfach zu sagen, sie hätten keinen Mumm und kein Engagement für ihren Beruf. Das mag bei einigen, vielen oder allen von ihnen der Fall sein. Hier ist meine deutlichere Antwort: Sie dürfen nicht aus nächster Nähe über diesen Konflikt berichten. Ihre ausländischen Redakteure wollen das nicht, und die Ukrainer werden es ihnen nicht erlauben. Keiner von beiden will tägliche Berichte über einen langsamen Marsch in die Niederlage. Besser ist es, die Berichterstattung breit und unscharf und punktuell zu halten. Viele Anekdoten über hilflose Opfer und russische Greuelthaten, von denen die Korrespondenten, die darüber berichteten, nichts mitbekommen haben.

Besser ist es, sich ausschliesslich auf das zu verlassen, was ukrainische Beamte und Militäroffiziere erzählen und sehen lassen und was westliche Geheimdienstler vorgeben zu bestätigen. Das ist für mich eine schändliche Pflichtverletzung, bei der ich mich frage, ob die Mainstream-Medien jemals von ihrer Rolle, die sie als Propagandisten übernommen haben, zurücktreten können. Tun Sie nicht so, als wären Sie schockiert. Das geht schon seit langem so. In Bezug auf die Ukraine ist man meiner Meinung nach einfach zu weit gegangen.

### «Logisch unmöglicher Schrott»: Gefangenlager im Donbass und Atomkraftwerk

Ein russisches Gefangenlager im Donbass wird beschossen, und etwa 50 ukrainische Ge-



fangene werden getötet. Wir sollen glauben, dass die russischen Streitkräfte ihr eigenes Gefangenlager aus ungeklärten Gründen beschossen haben. Als wir später erfahren, dass die Russen kurz vor Beginn des Beschusses Videos der Gefangenen veröffentlichten, in denen diese über die Befehle der befehlshabenden Offiziere berichteten, alle gefangenen Russen zu foltern – was die Frage nach Kriegsverbrechen auf höchster Ebene aufwirft –, wird uns gesagt, dies habe nichts damit zu tun.

Während wir hier sprechen, sollen wir glauben, dass die Russen ein Atomkraftwerk beschossen, das ihre eigenen Truppen seit März bewachen. Hier verliere ich völlig den Faden.

An einem Tag in der letzten Woche haben wir gelesen, dass sich die russischen Streitkräfte zynischerweise in dem Kraftwerk verschanzen, weil die Ukrainer keine Raketen hineinschicken können – zu gefährlich. Am nächsten Tag lesen wir, dass die Russen selbst das Kraftwerk beschossen, in dem sie einen Tag zuvor noch Schutz gesucht haben sollen. Hierfür gibt es nur eine plausible Erklärung: Die Korrespondenten, die über diesen logisch unmöglichen Schrott berichten, sind nicht vor Ort und stützen sich auf ukrainische Berichte; diese Berichte unterscheiden sich von Tag zu Tag, von einem Beamten zum nächsten.

Die Unterlagen, die an die Auslandsabteilung geschickt werden, sind also «a dog's dinner» [deutsch: Pfusch], wie die Engländer sagen. Und es bleibt bei «Soweit ich es erkennen kann ...»

Ich könnte sagen, diese Korrespondenten tun mir leid, aber das ist nur teilweise wahr. Es ist zu schade, dass sie erwachsen geworden sind, während der Hauptteil des Berufsstandes in Propaganda und Lobbyismus zerfällt und ihre Auslandsreisen zu einem so unwürdigen Geschäft geworden sind. Ich würde Tränen der Wut weinen, wenn mir das passiert wäre. Aber die Alternative ist, sich zu weigern und, wenn es sein muss, aus einem Unternehmen auszusteigen, an dem ein seriöser Korrespondent nicht beteiligt sein sollte.

### Eva Bartlett: Berichte von der anderen Seite – eine Alternative

Letzte Woche stiess ich auf eine bemerkenswerte Veröffentlichung. Darin wird eine dritte Alternative vorgeschlagen.

*Eva Bartlett*, eine kanadische Korrespondentin, erinnert mich in gewisser Weise an *Wilfred Burchett*: Sie berichtet von «der anderen Seite» und hat keine Verwendung für die Rechtgläubigkeit der anderen. Das hat sie in Syrien und davor in den Palästinenser-Gebieten getan. Zu Beginn des Ukraine-Konflikts reiste sie an einen Ort neun Meilen ausserhalb von Mariupol, wo die Russen Berichten zufolge ein Massengrab mit – Achtung, jetzt kommt's – 9000 Ukrainern ausgehoben und gefüllt hatten. Das sind eine Menge Ukrainer, die auf einmal begraben werden sollten. Aber alle grossen Tageszeitungen, die nie aufhören, die Dinge zu durchdenken, folgten der Geschichte, die ukrainische Beamte ihnen gaben. 9000 waren es.

Es gibt kein Massengrab, hat Bartlett herausgefunden. Ihr Beitrag enthielt Interviews mit örtlichen Beamten und Zeugen, Videoausschnitte und Fotos. Sie fand einen geordneten, ungestörten Friedhof mit geordneten, ungestörten Grabmarkierungen. Sie zeigte uns Bilder davon. Sie sprach mit den Totengräbern, die von den Berichten über ein Massengrab verwirrt waren.

Vor zwei Wochen berichtete Bartlett aus Donezk über einen Bombenhagel, bei dem Tausende winziger, tödlicher Minen über der ganzen Stadt abgeworfen wurden.<sup>4</sup> RT brachte den Bericht. Es ist eine weitere Reportage aus nächster Nähe und vor Ort. Ihr Bericht trug die Überschrift: «Der Westen schweigt, während die Ukraine Zivilisten in Donezk mit verbotenen «Schmetterlingsminen» beschiesst.»

Bartlett wies vorsichtig darauf hin, dass die Beweise auf die Ukraine hindeuten, hielt sich aber mit einer Schlussfolgerung zurück. Die Ukrainer beharren wieder einmal darauf, dass die Russen die Schuld tragen: Diesmal sollen wir glauben, dass sie eine Stadt unter der Kontrolle ihrer Verbündeten der Donezker Republik vermint haben.

Ich erwähne *Eva Bartlett's* Beitrag, weil er, abgesehen von seinem unmittelbaren Thema, daran erinnert, was Auslandskorrespondenten eigentlich tun sollen. Sie sollen herumlaufen, mit den Menschen sprechen, die sie treffen – insgesamt sollten sie vor Ort sein und berichten, was sie sehen, und nicht, was jemand anderes ihnen erzählt, dass sie es gesehen hätten.

Es war bittersüss, dieses Stück neben den anderen Berichten zu lesen, die ich hier erwähne. Alles, was der Beruf sein könnte, und alles, was er nicht ist – soweit ich es erkennen kann.

<sup>1</sup> <https://southfront.org/the-masque-of-pandora/>

<sup>2</sup> [https://www.telegraph.co.uk/news/2022/08/01/catastrophic-energy-crisis-will-fuel-revolt-against-failed-elites/?WT.mc\\_id=e\\_DM15762&WT.tsrc=email&etype=Edi\\_FAM\\_New\\_ES&utm\\_source=email&utm\\_medium=Edi\\_FAM\\_New\\_ES20220802&utm\\_campaign=DM15762](https://www.telegraph.co.uk/news/2022/08/01/catastrophic-energy-crisis-will-fuel-revolt-against-failed-elites/?WT.mc_id=e_DM15762&WT.tsrc=email&etype=Edi_FAM_New_ES&utm_source=email&utm_medium=Edi_FAM_New_ES20220802&utm_campaign=DM15762)

<sup>3</sup> <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2022/08/ukraine-ukrainian-fighting-tactics-endanger-civilians/>

<sup>4</sup> <https://www.rt.com/russia/560020-donetsk-butterfly-mines-geneva-conventions/>

Quelle: *ScheerPost* vom 11.8.2022; Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)